

**NETZ**  
বাংলাদেশ

Bangladesch Zeitschrift 1/2009

THEMA

**Interview mit  
Sultana Kamal**

POLITIK & GESELLSCHAFT

**Aufstand der  
Grenztruppen**

NETZ AKTIV

**30 Jahre NETZ-  
Zeitschrift**



**Rückkehr zur Demokratie**  
Parlamentswahl in Bangladesch



Die NETZ-Ausgabe 2/2009 hat den Arbeitstitel:

**„Grundbildung in Bangladesch“**

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Deutsches  
Zentralinstitut  
für soziale  
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:  
Geprüft + Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden- Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamsten Umgang mit den uns anvertrauten Spenden.

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen bescheinigt NETZ mit dem Spenden-Siegel, dass wir wahrheitsgetreu, eindeutig und sachlich in Wort und Bild informieren, die Finanzmittel nachprüfbar, sparsam und satzungsgemäß verwenden, Spenden und Zuschüsse sowie deren Verwendung eindeutig und nachvollziehbar im Jahresabschluss dokumentieren.

## Impressum

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 – 35576 Wetzlar / Telefon: 06441 – 26585 / Fax.: 06441 – 26257 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org / ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Niko Richter

Layout: Moritz Marbach

Titelfoto: Niko Richter

Redaktion: Agata Gornicki, Barbara Das-Gupta, Patrizia Heidegger, Pia Hermann, Philipp Kappenstein, Moritz Marbach, Ingo Ritz, Dirk Saam, Anja Scholz, Christian Weiß (Leitung)

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzelexemplar: 5€.

## Inhalte dieser Ausgabe

### THEMA: PARLAMENTSWAHL

#### Wenn 70,5 Millionen Menschen wählen gehen

Eindrücke eines Wahlbeobachters.

Von Niko Richter

S. 6

#### Die Wahl auf einen Blick

Daten zur Parlamentswahl 2008.

S. 10

#### Stimmen zur Wahl

von Eric Lord Avebury, Khaleda Zia, Sheikh Hasina, Alexander Graf Lambsdorff, Thilo Hoppe.

S. 12

#### „Es fehlte die nötige Umsicht.“

Interview mit Sultana Kamal zur Übergangsregierung.

Von Patrizia Heidegger/Niko Richter

S. 14

#### Minderheiten während der Parlamentswahl

Die Wahlen 2001 und 2008 im Vergleich.

Von Meghna Guhathakurta

S. 16

#### Endlich für die Menschen

Forderungen der Zivilgesellschaft.

Von Dirk Saam

S. 18

### POLITIK & GESELLSCHAFT

Wichtige Ereignisse in und um Bangladesch auf einen Blick. Zusammengestellt von Patrizia Heidegger und Niko Richter.

S. 20

### NETZ aktiv

Neuigkeiten zur Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen von NETZ und Aktionen in Bangladesch und Deutschland.

S. 23

### Kultur

#### Leben mit der Überschwemmung

Buchbesprechung von Roland Fett.

S. 30

# Liebe Leserin, lieber Leser,

Bangladesch hat gewählt – endlich!

Am 29. Dezember 2008 waren über 81 Millionen Menschen in dem südasiatischen Land aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Sie haben von ihrem Recht, nach einer fast zweijährigen von der Übergangsregierung und den Militärs verordneten demokratischen Auszeit, beeindruckend Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung war mit 87 Prozent so hoch wie nie zuvor. Von Politikverdrossenheit keine Spur. Ende März, nach der Besetzung von 45 reservierten Sitzen für Frauen, werden insgesamt 63 Frauen dem neunten Parlament angehören. Obwohl Frauenrechtsorganisationen zu Recht eine Direktwahl fordern, ist auch das ein beachtenswerter Rekord.

Das Mandat für die neue von der *Awami League* angeführte Regierungskoalition ist überwältigend: 262 von 300 Parlamentssitzen. Aber diese große politische Mehrheit birgt auch große Verantwortung. Nur wenn es der neuen Regierung gelingt, die Opposition in den parlamentarischen Prozess aktiv einzubinden, scheint die Festigung demokratischer Strukturen möglich. Die ausschließliche Verlagerung des politischen Protests auf die Straße kann sich das Land nicht eine weitere Amtszeit leisten.

Alle Wahlbeobachter sind sich einig: Die Wahl ist glaubhaft und wurde auf hohem organisatorischen Niveau durchgeführt. Experten bezeichnen die im Vorfeld erstellte Wählerliste als eine der besten weltweit. Die Bevölkerung konnte in einem weitestgehend friedlichen und neutralen Umfeld über die politische Zukunft ihres Landes abstimmen. Die leider obligatorischen Betrugs-

vorwürfe der Wahlverlierer haben wenig Substanz. Ernst zu nehmende Beweise hierfür wurden, anders als bei den Upazila-Wahlen im Januar 2009, nicht präsentiert.



Das Wahlprogramm der Partei der neuen Premierministerin Sheikh Hasina steckt ehrgeizige Ziele. Es liegt nun an ihr und ihrem Kabinett, diese umzusetzen, Schritt für Schritt, aber ohne Verzögerungen. Die Vertreter der nationalen Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft werden die neue Regierung dabei konstruktiv aber auch kritisch begleiten.

Zu tun gibt es genug. Nach wie vor leidet die Bevölkerung unter den hohen Nahrungsmittelpreisen. Sinnvolle Reformen der Übergangsregierung, wie die Trennung der Exekutiven und Judikative, müssen ins Parlament eingebracht und nach kritischer Überprüfung schnellstmöglich als Gesetze verabschiedet werden. Die politische Repräsentation von Minderheiten muss endlich in einem demokratischen Konsens gelöst werden.

In der ersten Ausgabe im 30. Jubiläumsjahr dieser Zeitschrift erfahren Sie mehr zur Wahl und was die neue Regierung aus Sicht der bangladeschischen Zivilgesellschaft auf ihre politische Tagesordnung setzen sollte.

Ihr Niko Richter

## Wahlergebnis

| Partei          | Sitze im Parlament |
|-----------------|--------------------|
| Awami League    | 230                |
| BNP             | 30                 |
| Jatiya Party    | 27                 |
| Jamaat-e-Islami | 2                  |
| Andere          | 11                 |

Mehr zum Wahlergebnis ab [Seite 10](#).

## Zitate aus dieser Ausgabe

„Nach den Wahlen blieb es relativ ruhig. Es wurden keine Vorfälle berichtet, die sich speziell gegen Minderheiten gerichtet haben.“

Meghna Guhathakurta vergleicht ab [Seite 16](#) die Situation von Minderheiten während der letzten beiden Parlamentswahlen.

„Das Parlament sollte der Ort der politischen Auseinandersetzung sein.“

Auf [Seite 18 und 19](#) listet Dirk Saam Forderungen der bangladeschischen Zivilgesellschaft an die neue Regierung auf.

## NETZ macht mit bei



## „Endlich unsere Grundrechte in Anspruch nehmen“

TEXT/FOTO: NIKO RICHTER

Der Landwirt Pulin Bihari Das, rechts im Bild, lebt seit seiner Geburt im Jahr 1943 in dem kleinen Dorf Arashnagar im Khulna-Distrikt im Südwesten Bangladeschs. In dem Ort leben ausschließlich Dalits, Hindus, die im traditionellen Hinduismus als „Unberührbare“ betrachtet werden. Eine Schule hat er nie besucht, sich Grundkenntnis im Lesen und Schreiben erst spät selbst beigebracht. Nach der Parlamentswahl 2001 lebten er und seine Nachbarn, wie viele Angehörige von Minderheiten im ganzen Land, in Angst vor Repressalien durch die Wahlsieger.

Auf die Frage, was er sich von einer neuen Regierung erhofft, antwortet er einige Tage vor der Wahl entschlossen: „Dass wir endlich unsere Grundrechte als Bürger in diesem Land in Anspruch nehmen können. Dass ich endlich auf einer Behörde ernst genommen werde, wenn ich ein Anliegen habe. Und dass ich endlich alltägliche Dinge, wie etwa meinen Tee an einem Laden außerhalb meines eigenen Dorfes zu trinken, machen kann – ohne Angst. Vor, während und insbesondere nach der Parlamentswahl im Jahr 2001 haben wir Hindus hier sehr viele Probleme gehabt. Nach der Wahl wurden

einige meiner Nachbarn von den Mitgliedern der Siegerpartei aus Vergeltung zusammengeschlagen, weil sie in unserem Wahllokal verloren hatten. Meine Familie und die meisten meiner Nachbarn haben aus Angst für fast drei Monate unser Dorf nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr verlassen. In anderen Orten in unserem Wahlkreis sind sogar Hindus umgebracht worden. Frauen wurden vergewaltigt. Hunderte Familien sind deswegen damals nach Indien ausgewandert. Die meisten sind nicht zurückgekehrt. Dieses ständige Gefühl der Unsicherheit muss endlich aufhören!“



# Wenn 70,5 Millionen Menschen wählen gehen

## Eindrücke eines Wahlbeobachters

VON NIKO RICHTER

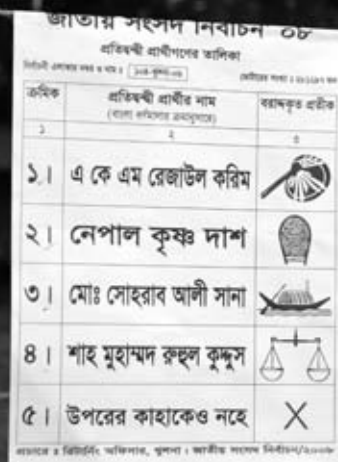
*Erstmals sind mehr Frauen als Männer wahlberechtigt: Die neue Wählerliste.*

Khulna, 29. Dezember 2008. Langsam lichtet sich der dichte Nebel an diesem Wintermorgen. Vor der auffälligen Grundschule in Salua Ramnathpur im Südwesten des Landes warten bereits dutzende Frauen und Männer. Es ist kurz vor acht Uhr, als die Gruppe internationaler Wahlbeobachter eintrifft. In dem Gebäude, das als Wahllokal genutzt wird, werden hektisch die letzten Vorbereitungen getroffen. Heute wird gewählt in Bangladesch. Fast zwei Jahre nach der Verschiebung des eigentlichen Termins für die Parlamentswahl. Zwei Jahre, in denen viel darüber spekuliert wurde, wer wirklich die Geschicke des Landes leitet: die Übergangsregierung oder doch die Militärs. Über 81 Millionen Bürger sind aufgerufen, ihre neue Regierung für die nächsten fünf Jahre zu bestimmen. Jeder Dritte ist zum ersten Mal wahlberechtigt.

Ganz vorne in der Warteschlange für Frauen steht Monira Begum, gestützt auf ihre Enkelin. Energisch winkt die 70-jährige die Wahlbeobachter zu sich und scherzt: „Ich hätte nicht gedacht, dass ich diesen Tag noch erlebe. Meine Enkeltochter darf heute zum ersten Mal wählen. Und wissen sie was? Sie hat mich überredet, sie zu begleiten. Auch ich wähle heute zum ersten Mal!“ Sie ist die erste Person, die ihre Stimme abgeben darf. Der Beamte hakt Moniras Namen und Foto auf der Wählerliste ab, markiert ihren rechten Zeigefinger mit Tinte. Mit zittrigen Händen nimmt sie den Wahlzettel und Stempel, bestätigt den Empfang mit ihrem Daumenabdruck und geht in die Wahlkabine. Minuten später kommt sie strahlend aus der Kabine und steckt den Wahlzettel stolz in die transparente, noch leere Urne. Bangladesch wählt.

Die Sonne steht hoch am Himmel, als die Wahlbeobachter an der Schule im Dorf Arashnagar eintreffen. Die lange Schlange der Frauen macht einen chaotischen Eindruck. Sie ist drei, vier Mal länger als die der Männer. „Wieso dauert das so lange?“, beschwerten sich einige Frauen bei der für die Ordnung zuständigen Dorfpolizistin. Am Rand des Schulfeldes warten ungeduldige Ehemänner im Schatten. Einer ruft verärgert nach seiner Frau: „Komm endlich nach Hause! Wer soll denn sonst das Mittagessen für die Kinder zubereiten?“ Den Männern missfällt es sichtlich, dass sie auf die Kinder aufpassen müssen, während ihre Frauen vor dem Wahllokal warten. Aber die Frauen lassen sich nicht beirren. Erstmals in der Geschichte des Landes sind mehr Frauen als Männer wahlberechtigt. Und sie machen auf beeindruckende Weise von ihrem Recht Gebrauch. Auch wenn es Verzögerungen gibt.

*Die Wahllokale öffnen: Niko Richter im Gespräch mit einem Wähler.*





Aktiv im Wahlkampf: Khaleda Zia auf einer Wahlkampf-Veranstaltung in Khulna.

rungen gibt, da viele nicht mit dem Ablauf der Stimmabgabe vertraut sind.

Ein junges Ehepaar verlässt mit ihrem Baby das Schulgelände. Beide haben ihre Stimmen bereits abgegeben. „Wir sind Hindus aus Aras-hnagar. Wir konnten heute ohne Probleme Wählen gehen. Niemand hat uns bedroht,“ berichtet der Familienvater. „Bei der letzten Parlamentswahl war das noch ganz anders. Vor der Wahl wurden die Bewohner unseres Dorfes bedroht. Eine Woche nach der Wahl wurde mein Vater von Anhängern der siegreichen islamistischen Partei *Jamaat-e-Islami* zusammengeschlagen, nur weil ihr Kandidat in unserem Wahllokal verloren hatte. Wochenlang wurden wir terrorisiert. Wir alle hoffen, dass sich das nicht noch einmal wiederholt. Aber ich bin zurzeit sehr zuversichtlich, dass alles friedlich bleiben wird.“

Fliegende Händler preisen am Rande der Wahllokale den Schaulustigen Erdnüsse, Wasser und Zigaretten an. Allorts herrscht eine heitere aber ebenso besonnene Festtagsstimmung. Es ist erstaunlich ruhig. Schon während des kurzen Wahlkampfes und den Besuchen von Khaleda Zia und Sheikh Hasina, den beiden ehemaligen Premierministerinnen, in Khulna war die Stimmung freudig aber abwartend gewesen. Zwei Jahre Ausnahmezustand haben ihre Spuren in der Bevölkerung hinterlassen. Auch wenn dieser knapp zwei Wochen vor dem Wahltag von der Übergangsregierung aufgehoben worden war. Viel war in den Medien über die angebliche Politikverdrossenheit der Bevölkerung spekuliert worden. Diese würde sich, so stand es in den Leitartikeln verschiedener Tageszeitungen, in einer geringen Wahlbeteiligung ausdrücken. Aber von Politikverdrossenheit keine Spur.

Die Wähler harren teilweise stundenlang in der Hitze des Tages aus, um ihre Stimme abzugeben. Am Ende des Tages werden 87 Prozent der registrierten Bürger von ihrem Wahlrecht gebraucht gemacht haben. So viele wie nie zuvor.

Um 16 Uhr endet die Stimmabgabe. Vor der Koranschule im Dorf Shajia-ra warten hunderte Neugierige seit über zwei Stunden auf das Ergebnis in ihrem Ort. Es ist inzwischen dunkel geworden. Durch die offenen Fenster des Büros des Schulleiters dringt nur der schummrige Schein der Kerzen und Öllampen nach außen. Drinnen sitzen die Wahl-offiziellen, vornehmlich Beamte wie Lehrer und Bankangestellte im Staatsdienst, im Kreis auf dem Boden, eng beisammen über einem Berg hunderter schmaler Wahlzettel. Alle kommen aus anderen Gemeinden, um so einen neutralen Ablauf der Wahl zu garantieren. Sie

Stellt das Wahlprogramm der Awami League vor: Sheikh Hasina spricht vor Tausenden Interessierten in Khulna.





*Großer Andrang vor den Wahllokalen: Rekord-Beteiligung von 87%.*

haben zum Teil bereits die Nacht zuvor in der Schule verbracht. Selber wählen konnten sie daher nicht. Genauso wie insgesamt knapp 1,5 Millionen Menschen, die an diesem Tag im Einsatz sind – als Wahl-offizielle, Sicherheitskräfte oder nationale Wahlbeobachter. Die Briefwahl ist zwar möglich, aber sehr kompliziert, und kaum jemand weiß etwas davon. „Ein Opfer,“ stellt Anwar Chowdhury, Wahlleiter in Shajia-ra, nickend fest, „das wir gerne für unser Land bringen.“ – „Dies ist die achte Wahl, bei der ich in der Durchführung aktiv teilnehme. Das hohe Niveau der organisatorischen Vorbereitung und Umsetzung der Wahl ist beispiellos,“ sagt er und fährt begeistert fort: „Ein Meilenstein in unserer Geschichte! Die neue Wählerliste ist hervorragend und hat uns heute die Arbeit un-ge-mein erleichtert.“

Die Beamten lassen sich Zeit beim Zählen. Darauf bedacht, keine Fehler zu machen, kontrollieren sie die 100er-Stapel, zu denen sie die Stimmen für eine Partei bündeln, immer und immer wieder. Umstrittene Wahlzettel, wenn etwa der Wahlstempel zwischen zwei Wahl-symbolen platziert wurde, werden auch den anwesenden Vertretern der Kandidaten gezeigt. Keiner will einen Fehler machen. Das Ergebnis ist eindeutig: zwei von drei Stim-men hat der Kandidat der *Awami League* erhalten. Als das Ergebnis schließlich nach außen dringt, ertönt kurzer Jubel. Dann löst sich die Versammlung schnell auf. Hei-ter, besonnen. Bangladesch hat ge-wählt.

Mitternacht. Im Konferenzraum von Ziaul Alam, dem Wahlleiter im Khulna-Distrikt, warten Kandi-daten, ihre Anhänger, Journalisten, Angehörige der Sicherheitskräf-

te und die wenigen verbliebenen Wahlbeobachter auf die letzten Er-gebnisse. Die Fernsehsender mel-den landesweit einen Erdrutschsieg für die *Awami League*. Auch die fünf bereits veröffentlichten Wahlkreis-Ergebnisse in Khulna folgen diesem Trend. Nur die Auszählung für den Stadtbezirk dauert merkwürdig lange. Draußen warten tausende ungeduldiger Anhänger der bei-den großen Volksparteien auf das Ergebnis. Hunderte Polizisten ver-suchen die Situation zu kontrollie-ren. Soldaten harren abwartend auf den Ladeflächen ihrer Lastwagen aus. Am Kopfende des Konferenz-tisches sitzt der sichtlich nervöse Wahlleiter, gesäumt von Militärs, Polizisten und einem Komman-deur der paramilitärischen Einheit Rapid Action Battalion. Ein Journa-list deutet mit dem Finger auf die Gruppe und sagt augenzwinkernd: „Da sieht man, wer diese Show hier wirklich lenkt.“ Eine Aussage, die

*Stimmabgabe im Wahllokal: Über 81 Millionen Menschen sind für die Wahl registriert.*





*Koranschule in Shajjara: Die transparenten Wahlurnen werden zunächst versiegelt und danach alle Stimmen ausgezählt.*

man in den Wochen vor der Wahl oft gehört hat, insbesondere auch von Politikern. Beweise gibt es dafür keine.

Schließlich wird das noch fehlende Ergebnis doch bekannt gegeben. Fünf Stunden später. Draußen sind inzwischen auch die letzten Hartgesottenen verdrossen nach Hause gegangen. Die Anhänger der *Awami League* im sicheren Gefühl des Sieges, die der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) enttäuscht, unsicher ob der Zukunft ihrer Partei. Die BNP hat den Stadtbezirk knapp gewonnen. Richtig freuen mag sich darüber niemand mehr. Landesweit hat die von der *Awami League* angeführte „Große Allianz“ 262 der 300 Wahlkreise gewonnen. Sheikh Hasina ist designierte Premierministerin.

Morgendämmerung. Die Aufräumarbeiten haben bereits begonnen.

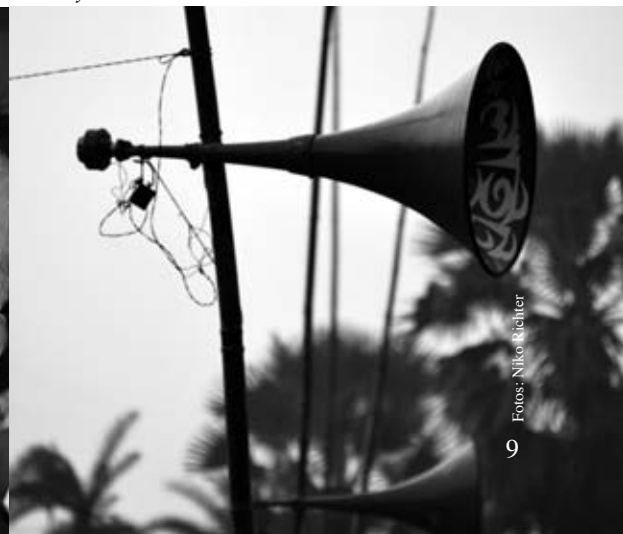
Kein Nebel trübt heute den Blick in die Ferne. Die Sicht ist klar. Der letzte Wahlbeobachter sitzt erschöpft auf einer Rikscha auf dem Weg ins Hotel. Im faden Licht des neuen Tages wehen die Wahlposter der Gewinner und Verlierer im Wind. Einige Kinder beginnen eifrig, die Poster, die im Wahlkampf nur an Seilen aufgehängt werden durften, einzusammeln. Mit dem Verkauf des Papiers können sie einen kleinen Beitrag zum Familieneinkommen beitragen. Shamim Ali fragt seinen Fahrgast neugierig nach dem Ergebnis der Wahl. Lächelnd kommentiert er die Antwort: „Zwei Jahre haben wir auf diesen Tag gewartet. Jetzt müssen unsere Politiker beweisen, dass sie ihren Versprechungen rasch Taten folgen lassen. Sheikh Hasina hat uns bei ihrer Wahlrede in Khulna versprochen, dass die Nahrungsmittelpreise schnell und deutlich sinken werden und dass sie neue

Schulen und Krankenhäuser bauen wird. Daran werde ich mich auch bei der nächsten Wahl noch erinnern.“ Bangladesch hat gewählt. Und die Menschen im Land werden sowohl die neue Regierung als auch die Opposition an ihren Taten messen.

*NETZ-Mitarbeiter Niko Richter war im November und Dezember 2008 Langzeitwahlbeobachter für das National Democratic Institute for International Affairs in Bangladesch.*

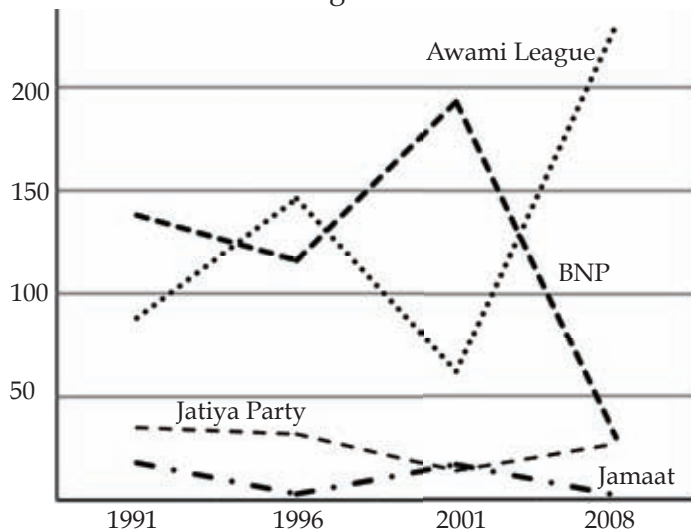


*Bangladesch hat gewählt: Erdrachtsieg für die von Sheikh Hasina angeführte „Große Allianz“.*



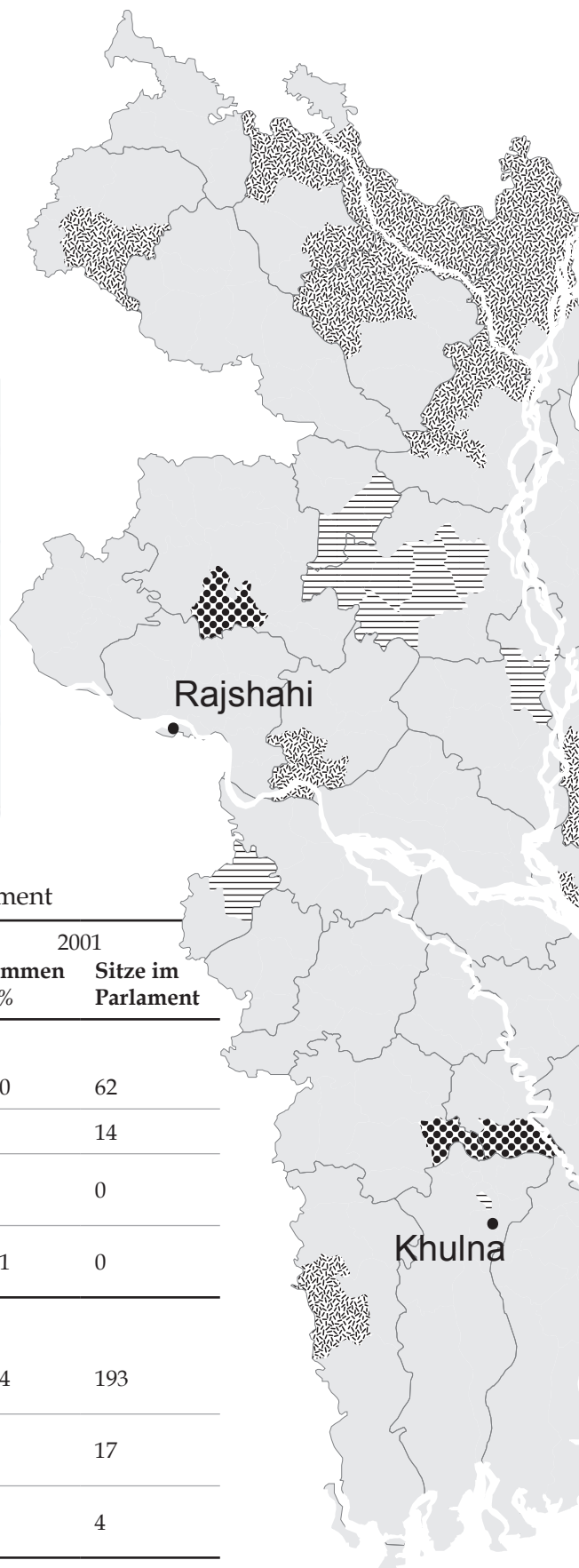
# Die Wahl auf einen Blick

**Schaubild:** Sitzverteilung im Parlament seit 1991.



**Tabelle:** Sitzverteilung im achten und neunten Parlament

|                                      | 2008            |                       | 2001            |                       |
|--------------------------------------|-----------------|-----------------------|-----------------|-----------------------|
|                                      | Stimmen<br>in % | Sitze im<br>Parlament | Stimmen<br>in % | Sitze im<br>Parlament |
| <b>Große Allianz</b>                 |                 |                       |                 |                       |
| Awami League                         | 49,0            | 230                   | 40,0            | 62                    |
| Jatiya Party                         | 7,0             | 27                    | 7,2             | 14                    |
| Jatiya Samajtantrik Dal              | 0,6             | 3                     | 0,2             | 0                     |
| Workers Party of Bangladesh          | 0,3             | 2                     | 0,01            | 0                     |
| <b>4-Parteien-Allianz</b>            |                 |                       |                 |                       |
| Bangladesh Nationalist Party (BNP)   | 33,2            | 30                    | 41,4            | 193                   |
| Bangladesh Jamaat-e-Islami           | 4,6             | 2                     | 4,3             | 17                    |
| Bangladesh Jatiya Party-BJP          | 0,1             | 1                     | 1,0             | 4                     |
| Andere Partei/ unabhängiger Kandidat | 5,2             | 5                     | 5,9             | 10                    |
| <b>Gesamt</b>                        | <b>100%</b>     | <b>300</b>            | <b>100%</b>     | <b>300</b>            |



**81,1 Millionen** Menschen waren am 29.12.2008 zur Wahl des neunten Parlaments aufgerufen. In Deutschland sind etwa 62 Millionen Menschen wahlberechtigt.

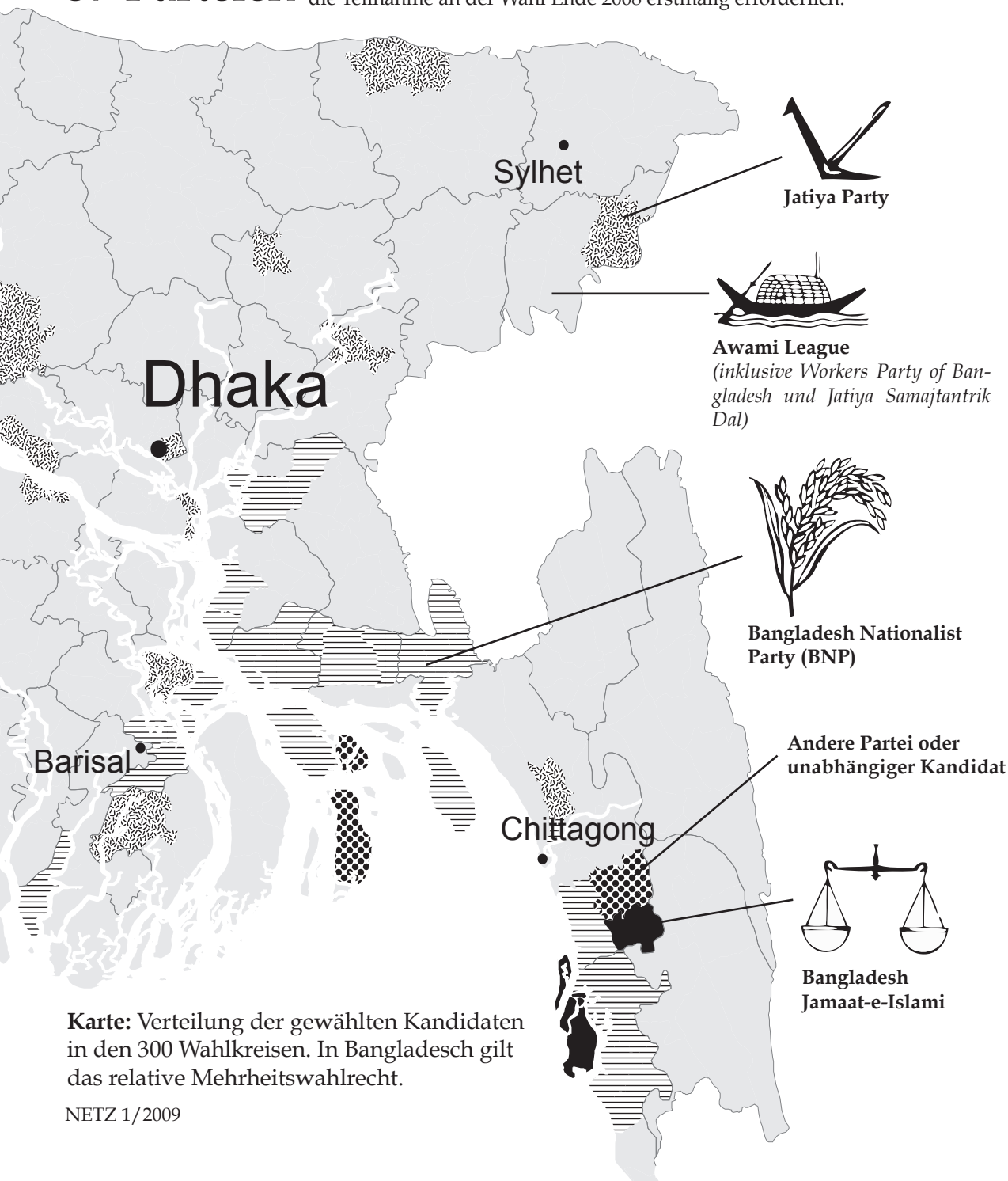
**11,3 Millionen** weniger Wahlberechtigte als auf der fehlerhaften Wählerliste aus dem Jahr 2006. Diese war von einer parteiischen Wahlkommission erstellt worden war.

**8 Stunden** waren die knapp 35.000 Wahllokale geöffnet. Oft mussten die Wahlberechtigten stundenlange Wartezeiten in Kauf nehmen.

**87 Prozent** aller Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. In Deutschland lag die Quote bei der Bundestagswahl 2005 bei 77,7%, während der Präsidentenwahl 2008 in den USA waren es 61%.

**1538 Kandidaten & 54 Kandidatinnen** haben sich Ende Dezember zur Wahl gestellt.

**37 Parteien** sind in Bangladesch von der Wahlkommission registriert. Die Registrierung war für die Teilnahme an der Wahl Ende 2008 erstmalig erforderlich.



**Karte:** Verteilung der gewählten Kandidaten in den 300 Wahlkreisen. In Bangladesch gilt das relative Mehrheitswahlrecht.

## Stimmen zur Wahl

ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WEISS  
ZUSAMMENSTELLUNG: NIKO RICHTER

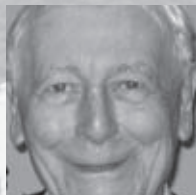
### Sieg Ergebnis harter Arbeit



„Die Armut ist unser größter Feind. Wir müssen sie überwinden, den Preisanstieg mindern und den Lebensstandard der Menschen anheben. Khaleda Zia sollte den Willen der Menschen akzeptieren, der in freien, fairen und transparenten Wahlen seinen Ausdruck fand. Dieser Sieg ist das Ergebnis harter Arbeit und großer Aufopferung. Aber wir müssen Respekt zollen dem Glauben und dem Vertrauen der Menschen in Bangladesch zu uns. Wir glauben nicht an eine Politik der Vergeltung. Wir möchten die Politik der Konfrontation beenden und eine neue politische Kultur etablieren. Wirklich gewonnen haben wir erst dann, wenn wir Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und eine gute Regierungsführung sichergestellt, ein neues digitales Bangladesch aufgebaut und den Geist des Unabhängigkeitskrieges verwirklicht haben.“

*Erste Reaktion von Wahlsiegerin Sheikh Hasina auf einer Pressekonferenz am 31.12.2009.*

### Sieg für die Demokratie



„Dies ist ein Sieg für die Demokratie und die Menschen in Bangladesch. Die neue Regierung steht großen Herausforderungen gegenüber und braucht die volle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Großbritannien und die Europäische Union sollten zu einer Antwort bereit sein.“

*Eric Lord Avebury ist stellvertretender Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe Großbritanniens und Vorsitzender der Internationalen Bangladesch-Stiftung.*

### Eine Farce



„Die Wahl war eine Farce und ist damit für uns unakzeptabel. Alle haben gesehen, nach welchem Muster die Wahlen durchgeführt wurden. Am Wahltag lag der Anteil der abgegebenen Stimmen um zwölf Uhr zwischen 45 und 50 Prozent. In manchen Wahllokalen betrug der Anteil der abgegebenen Stimmen 90 Prozent, obwohl es dort keine Wähler gab. Niemals in der Vergangenheit wurden das Wahlergebnis so gefälscht.“

*Erster öffentlicher Kommentar von Khaleda Zia, ehemalige Premierministerin, nach der Wahlniederlage ihrer Partei. Trotz des anfänglichen Protestes beteiligen sich alle gewählten Kandidaten der Bangladesh Nationalist Party seit Januar im neuen Parlament.*

## Korrekt und Professionell



„Die Wahlen in Bangladesch sind korrekt und professionell durchgeführt worden. Die hohe Wahlbeteiligung und der bislang friedliche Verlauf lassen hoffen, dass in Bangladesch eine Rückkehr zur Demokratie möglich ist. Entscheidend ist jetzt, dass die Regierung Sheikh Hasinas mit Augenmaß regiert – und dass die Opposition das Er-

gebnis akzeptiert. Erste Äußerungen der unterlegenen Khaleda Zia deuten leider auf das Gegenteil hin. Ein Rückfall in die Verhaltensmuster von vor 2007 wäre jedoch höchst bedauerlich, besonders wenn dies erneut Parlamentsboykott und gewalttätige Blockadestreiks mit sich bringen würde.

Aus europäischer Sicht ist erfreulich, dass die EU-Beobachter hier hohes Vertrauen genossen haben. Gerade weil wir vor zwei Jahren,

am 11. Januar 2007, die damalige Wahlbeobachtungsmission abgebrochen haben, als die Voraussetzungen für freie Wahlen nicht mehr gegeben waren, können wir heute einen Vergleich ziehen und ein gut fundiertes Urteil abgeben.“

*Alexander Graf Lambsdorff ist als Mitglied des europäischen Parlaments außenpolitischer Sprecher der FDP in Brüssel. Er war Leiter der EU-Wahlbeobachtungsmission in Bangladesch.*

## Hasina darf die Hoffnungen jetzt nicht enttäuschen



„Sheikh Hasina hat mit ihrer Awami-Liga die Wahlen in Bangladesch klar gewonnen. Die Wahlen waren frei und fair. Das haben die internationalen Beobachter bestätigt. Auch die unterlegene Nationalpartei und deren Chefin Khaleda Zia kommen nicht darum herum, das Wahlergebnis zu respektieren und im Parlament konstruktiv-kritisch mitzuarbeiten.

Sheikh Hasina und die Awami-Liga sind vor allem mit den Stimmen der Ärmsten der Armen gewählt worden, die mit der künftigen Regierung große Hoffnungen verbinden. Werden diese Hoffnung enttäuscht, dann droht dem Land neue

Instabilität. Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, in Bangladesch die Armutsbekämpfung ins Zentrum der Regierungspolitik zu rücken: Vordringlich sind der Aufbau sozialer Sicherungssysteme und umfassende Initiativen zur Förderung der Landlosen und Kleinbauern. Ebenso notwendig sind Maßnahmen, um nachhaltig die Korruption zu bekämpfen.

Obwohl sie künftig im Parlament eine stabile eigene Mehrheit hat, sollte Sheikh Hasina auch konstruktiv mit der Opposition zusammenarbeiten. Es ist an der Zeit, aus der Vergangenheit zu lernen und nicht – wie schon so oft in Bangladesch geschehen – nach Wahlen nach dem Motto „The winner takes it all“ zu verfahren. Die Parteien in Bangladesch, die bisher autoritär geführt

wurden, bedürfen dringend einer Demokratisierung und einer größeren Sensibilität für die Rechte von Minderheiten.

Deutschland sollte dem 160-Millionen-Einwohnerland eine größere Aufmerksamkeit widmen. Ein Land mit extremer Armut, das bereits jetzt massiv unter den Folgen des Klimawandels leidet. Aber ebenso ein Land mit einem großen Entwicklungspotenzial, einer sehr engagierten Zivilgesellschaft und einem überwiegend aufgeklärten, gemäßigten Islam.“

*Thilo Hoppe ist Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzender im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.*

# “Es fehlte die nötige Umsicht.”

## Rückblick auf die Übergangsregierung und Perspektiven nach der Wahl

Von Oktober bis Dezember 2006 war Sultana Kamal, Geschäftsführerin der bangladeschischen Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra, Ministerin in der vom damaligen Präsidenten Iajuddin Ahmed angeführten Übergangsregierung. Diese sollte gemäß der Verfassung innerhalb von 90 Tagen die Durchführung neutraler Parlamentswahlen gewährleisten. Gemeinsam mit drei anderen Ministern trat sie aus Protest gegen dessen parteiische Amtsführung und den in der Übergangsregierung nicht abgestimmten Einsatz der Armee zurück.



Foto: NETZ

Nach der Boykottklärung der von der Awami League angeführten „Großen Allianz“ wurde am 11. Januar 2007 die Parlamentswahl auf unbestimmte Zeit verschoben und eine neue Übergangsregierung unter Fakhruddin Ahmed eingesetzt. Diese leitete die Amtsgeschäfte bis zur Parlamentswahl Ende Dezember 2008. Im Gespräch mit NETZ blickt Sultana Kamal kritisch auf die Amtszeit der zweiten Übergangsregierung zurück und benennt die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung.

**NETZ:** In welchen Bereichen war die neue Übergangsregierung erfolgreich? Wo hat sie versagt?

**Sultana Kamal:** Als die Übergangsregierung eingesetzt wurde, hat sie

versprochen, die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen zu schaffen. Sie hat die Wahlkommission und die Antikorruptions-Kommission reformiert und die Judikative von der Exekutive getrennt.

In vielen Bereichen hat sie jedoch nicht das Richtige unternommen. Während des Notstands hat sie viel Macht auf sich vereint und diese rücksichtslos und teilweise willkürlich eingesetzt. Sobald rechtliche Schritte gegen Verdächtige eingeleitet wurden, behaupteten diese, die Regierung handle nur aus Vergeltung. Einige, die vor Gericht gebracht hätten werden sollen, sind so erst gar nicht verhaftet worden.

Im Weiteren haben die Fundamentalisten viel Macht in der Armee und auch innerhalb der Behörden.

Gegen diese Kräfte konnte die Übergangsregierung nichts tun. Ich sage nicht, dass die Regierung komplett versagt hat, aber ich behaupte, dass sie in vielen Fällen nicht mit der nötigen Umsicht gehandelt hat.

**NETZ:** Wie beurteilen Sie die Maßnahmen der Übergangsregierung gegen die Korruption im Land?

**Sultana Kamal:** Korruption ist seit langem ein großes Problem. Die Übergangsregierung hatte versprochen, diese gezielt zu bekämpfen. Sie und die entsprechenden Institutionen waren in der Verantwortung, einen transparenten Prozess anzustoßen, bevor es zu Ermittlungen und Gerichtsverhandlungen kommt. Aber Verdächtige wurden einfach verhaftet, bevor genügend Beweise gesammelt waren. Dazu kam es, weil die Mitarbeiter der eingebundenen Behörden nicht über ausreichend Fachkenntnisse verfügen. Die Korruption war so tief verwurzelt, dass selbst diejenigen, die an den Maßnahmen gegen die Korruption beteiligt waren, von Bestechlichkeit profitieren konnten und so den Prozess von innen heraus unterlaufen haben. In der Konsequenz können wir, obwohl viel Geld veruntreut wurde, keine Strafverfolgung aufnehmen. Da die Vorwürfe aufgrund mangelhafter Ermittlungen nicht bewiesen werden können, werden die Angeklagten auf ihrer Unschuld beharren. Am besten wäre es, wenn die Schuld dieser Leute mit Hilfe

von transparenten Gerichtsverfahren bewiesen werden könnte. Aber dazu hätten die Institutionen von Anfang an einem korrekten Verfahren folgen müssen.

Wir erkennen in der Justiz keine Transparenz, keine Unabhängigkeit und keine Effektivität. Es gab außerdem kaum Koordination zwischen den verschiedenen Behörden und die eine stand der Arbeit der anderen im Weg. Trotzdem hat der Prozess dazu geführt, einigen wirklich korrupten Leuten Angst einzujagen. Eine Zeit lang schien es, als ob niemand über dem Gesetz stünde.

**NETZ:** Wie bewerten Sie die politischen Reformen der Übergangsregierung?

**Sultana Kamal:** Für die Armee und die Übergangsregierung war es unmöglich, die politischen Kräfte zu disziplinieren, denn deren Machtbasis ist das Volk. Es stimmt, dass die Bevölkerung die Reformen der Übergangsregierung unterstützt hat. Der Staat kann institutionelle Reformen herbeiführen, aber der Druck muss aus der Bevölkerung kommen. Die Übergangsregierung hat keine Kommunikation zur Bevölkerung aufgebaut. Die Trennlinie war klar: die Regierung und die Armee auf der einen Seite und die politischen Parteien als deren Gegner auf der anderen.

Hätte die Regierung die Bevölkerung von Anfang an mit ins Boot genommen und in Rücksprache mit ihr, über den Dialog mit der Zivilgesellschaft, gehandelt, wäre eine solche Situation gar nicht erst entstanden. Die Übergangsregierung hat sich nur mit Wirtschaftsvertretern und hin und wieder mit Mitgliedern der Parteien getroffen. Aber hat sie sich ernsthaft bemüht, Vertretern der Zivilgesellschaft zuzuhören?

NETZ 1/2009

**NETZ:** Wie haben sich die Vertreter der politischen Parteien verhalten?

**Sultana Kamal:** Wenn wir sie auf ihre Fehler ansprachen, dann hieß es sofort, wir hätten uns mit der Übergangsregierung verbündet und würden die Entpolitisierung fördern. Die Parteien hatten kein Interesse, die Bürger anzuhören und ihre Fehler

---

*„Zunächst muss der parlamentarische Prozess gestärkt werden. Die Regierung muss die Opposition aktiv einbinden. Die Opposition wiederum muss die Wahlentscheidung der Bevölkerung akzeptieren. Dies ist unabdingbar für die Festigung der Demokratie in unserem Land.“*

---

(SULTANA KAMAL)

gemeinsam zu diskutieren. Das war sehr enttäuschend und frustrierend. Sie interessierten sich nur dafür, wie sie bei den Wahlen teilnehmen können und unter welchen Bedingungen. Es wird höchste Zeit, dass sich die Parteien mit den Bürgern auseinandersetzen und herausfinden, was die Bevölkerung eigentlich will. Ich hoffe, die Parteien erkennen bald, welche ehrenvolle Aufgabe sie innehaben, und dass sie dann auch dementsprechend handeln.

**NETZ:** War die Übergangsregierung bei der Durchführung der Parlamentswahl erfolgreich?

**Sultana Kamal:** Ich denke ja. Zwar gab es vereinzelte Berichte über Unregelmäßigkeiten in einigen Wahllokalen und von Beeinflussung der Wähler. Aber die nationalen und

internationalen Wahlbeobachter haben unmissverständlich einen korrekten Ablauf der Wahl attestiert. Die Bevölkerung war am Wahltag sehr enthusiastisch. Ein Gefühl von Angst oder Unsicherheit gab es nicht. Diese Beobachtungen werden auch von den unabhängigen Medien in unserem Land geteilt.

**NETZ:** Was sind Ihres Erachtens die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung?

**Sultana Kamal:** Zunächst muss der parlamentarische Prozess gestärkt werden. Die Regierung muss die Opposition aktiv einbinden. Die Opposition wiederum muss die Wahlentscheidung der Bevölkerung akzeptieren. Dies ist unabdingbar für die Festigung der Demokratie in unserem Land. Die Wahlversprechen der Awami League und ihrer Koalitionspartner müssen zügig und transparent umgesetzt werden. Gerade jetzt nach dem Aufstand der Grenztruppen liegt es an allen, die Zeit der engstirnigen, kurzsichtigen und

entzweienenden Politik zu beenden. Gefordert sind hier die neue Regierung, aber auch die Opposition und die Zivilgesellschaft. Nationale Probleme müssen in einem konsultativen Prozess im Interesse des Landes gelöst werden. Die Straflosigkeit von Kriminellen und korrupten Personen muss endlich ein Ende haben. Die hohen Preise für Nahrungsmittel müssen spürbar sinken, insbesondere für die Ärmsten.

*Das Interview besteht aus zwei Teilen. Einer Zusammenfassung eines Interviews mit Sultana Kamal, das am 03.11.2008 im Daily Star erschien, von Patrizia Heidegger. Die beiden letzten Fragen wurden von Niko Richter gestellt.*

# Minderheiten während der Parlamentswahl

## Die Wahlen 2001 und 2008 im Vergleich

VON MEGHNA GUHATHAKURTA / ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WEISS

**D**er Schutz von Minderheiten und ihrer Rechte haben nach der Parlamentswahl 2001, die eine Welle von Gewalt gegen Angehörige von Minderheiten nach sich zog, stark an Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein gewonnen. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen und die internationale Staatengemeinschaft setzten sich dafür ein, dass sich die Ereignisse von damals nicht wiederholen. Deshalb haben während der Parlamentswahl im Dezember 2008 Menschenrechtsgruppen ein landesweites Netzwerk eingerichtet, um Menschenrechtsverletzungen gegen Minderheiten zu erfassen und um die gesammelten Informationen an nationale und internationale Stellen weiterzuleiten.

### Gewalt gegen Minderheiten

Während der Parlamentswahl im Jahr 2001 kam es zu Einschüchterungen und Gewalttaten, weil die Sicherheitskräfte nicht einschritten und die Behörden schlecht vorbereitet waren. Außerdem fehlte es an öffentlicher Mobilisierung gegen die Gewalttäter. Auch die Kandidaten der Parteien riefen ihre Anhänger nicht öffentlich dazu auf, die Gewalt zu beenden. Gewalttätige Parteikader blieben straflos. Schon im September 2001, also einen Monat vor den Wahlen, wurden Hindus von bewaffneten Banden bedroht, nicht zur Wahl zu gehen oder das Land zu verlassen. Nach

den Wahlen brach die Gewalt gegen die Minderheiten offen aus: Frauen wurden vergewaltigt, Tempel und Eigentum zerstört, Menschen vertrieben oder erpresst. Die Zeitungen dokumentierten vor, während und nach der Wahl landesweit über 391 Fälle von Gewalt oder Einschüchterung gegen Minderheiten. Die tatsächliche Zahl liegt wahrscheinlich wesentlich höher.

### Die Parlamentswahl von 2008

Vor den Wahlen im Dezember 2008 gab es keine vergleichbare Welle der Gewalt gegen Minderheiten. Dennoch gab es Konflikte, die leicht zu offener Gewalt hätten führen können. In den letzten zehn Tagen vor den Wahlen gab es Todesdrohungen und Übergriffe gegen einige Kandidaten, die Minderheiten angehören. Bei der Kandidaten-Nominierung der politischen Parteien wurden Angehörige von Minderheiten nicht repräsentativ berücksichtigt. Dies führte dazu, dass die Anhänger der vermeintlich übergangenen Kandidaten, wie etwa Rabindra Nath Soren aus Dinajpur, dafür warben, bei der Wahl mit „nein“ zu stimmen, aus Protest gegen die etablierten Parteien und deren Kandidaten. Die „Nein“-Stimme, symbolisiert durch ein „X“, war eine neue von der Wahlkommission eingeführte Option auf den Wahlzetteln bei dieser Wahl.

Insbesondere in den Chittagong Hill Tracts kam es zu Spannungen, nachdem die Wahlkommission allen Parteien der indigenen Bevölkerung die Registrierung verweigerte. Diese Entscheidung wurde von der *United People's Democratic Front* (UPDF) am Obersten Gericht angefochten. Da dieses bis zu den Wahlen keine Entscheidung fällte, entschied die UPDF, in allen drei Wahlkreisen der Chittagong Hill Tracts unabhängige Kandidaten zu unterstützen. Als in Rangamati der Distrikt-Wahlleiter die Kandidatur des UPDF unterstützten Kandidaten abgelehnte, wurde entschlossen, öffentlich für die „Nein“-Stimme zu werben. Dies führte zu weiteren Konflikten im Wahlkampf und bei den Wahlen selbst. Zum Beispiel wurden zwei Männer von der Polizei verhaftet, als sie Werbeposter für die „Nein-Stimme“ aufhängen wollten. Aufgrund der Untätigkeit der Übergangsregierung auf diese Entwicklungen wurden die schon vorhandenen Spannungen in dieser Region nur noch verschärft.

Anhänger der *Jamaat-e-Islami* versuchten zumindest indirekt, Angehörige von Minderheiten durch das Appellieren an religiöse Gefühle einzuschüchtern. Im Khulna-Distrikt etwa stellten Imame nach dem muslimischen Freitagsgebet die Gläubigen vor die Entscheidung: „Eure Entscheidung bei der Parlamentswahl ist einfach: Koran

oder der Kandidat der *Awami League*." Bei Kundgebungen skandierten Parteianhänger: „Wenn ihr nicht wollt, dass Koranschulen geschlossen werden – wählt Jamaat! Wenn ihr nicht wollt, dass Hunden ein Dupi (muslimische Kopfbedeckung, Anm. d. Red.) aufgesetzt wird – wählt *Jamaat*!“ Es waren auch insbesondere Aktivisten der *Jamaat-e-Islami*, die in den letzten beiden Tagen vor der Wahl verhaftet wurden, weil sie versucht hatten, mit Geld Stimmen zu kaufen.

Je näher der Wahltag kam, desto mehr nahmen Übergriffe und Einschüchterungen gegenüber Minderheiten zu. Am meisten Vorfälle ereigneten sich an den letzten beiden Tagen und Nächten vor den Wahlen. Jedoch war das Ausmaß nicht vergleichbar mit der Welle der Gewalt während der Parlamentswahl im Jahr 2001.

Am Wahltag selbst war die Atmosphäre jedoch weitestgehend friedlich. Dies lag auch an der hohen Wahlbeteiligung, an der Wachsamkeit der Sicherheitskräfte und der Anwesenheit von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern. Nur in einigen Gegenden, vor allem im Südosten Bangladeschs, kam es zu Vorfällen. Berichten zufolge wurde in einigen Wahllokalen in den Chittagong Hill Tracts indigenen Wählern von der Armee der Zutritt verweigert, während bengalische Siedler ungehindert ihre Stimme abgeben konnten. Auch nach den Wahlen blieb es relativ ruhig. Es wurden keine Vorfälle berichtet, die sich speziell gegen Minderheiten gerichtet haben.

## Die Wahlen 2001 und 2008 im Vergleich

Vergleicht man die Situation von Minderheiten während der beiden letzten Parlamentswahlen in Bangladesch, dann kann der bessere Schutz von Minderheiten bei den Wahlen Ende 2008 auf folgende

NETZ 1/2009

Gründe zurückgeführt werden.

1. Höhere Aufmerksamkeit von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Medien und ihr Eintreten für den Schutz von Minderheiten. Dies hatte auch Einfluss auf die Übergangsregierung, die sich bereits im Vorfeld der Wahlen öffentlich dazu verpflichtet hatte, für einen fairen Ablauf zu sorgen.
2. In der Amtszeit der Übergangsregierung waren Defizite in der administrativen Entscheidungsstruktur offensichtlich. Doch während den Wahlen war es gelungen, eine klare Befehlskette von der nationalen bis zur lokalen Verwaltungsebene zu schaffen. Die Exekutive und Wahlkommission arbeiteten Hand in Hand. Genau dies hat bei den Upazila-Wahlen im Januar gefehlt, bei denen es vermehrt zu politisch-motivierten Gewalttaten und Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf kam. Diese fanden bereits unter der neu gewählten Regierung statt.
3. Zwar waren die islamistischen Kräfte bei den Wahlen Ende 2008 besser organisiert als sieben Jahre zuvor, doch wurden sie von den Wählern für ihre Amtszeit und ihre Art den Wahlkampf zu führen abgestraft.
4. Die Angehörigen von indigenen Gruppen, religiösen Minderheiten und von Bevölkerungsgruppen, die zum ersten Mal ihre Stimme abgeben durften, wie die Bedes (Fluss-Nomaden) und die Biharis, traten selbstbewusster und besser organisiert als bei den letzten Wahlen auf.

## Empfehlungen für zukünftige Wahlen

- Die Gebiete, in denen es bisher zu Einschüchterungen der Minderheiten gekommen ist, sollten vor und nach jeder lokalen oder nationalen Wahl umfassend beobachtet und die Ergebnisse bei

der Anpassung der Sicherheitsvorkehrungen berücksichtigt werden. Dies kann entweder durch die Wahlkommission oder aber durch die neue Nationale Menschenrechtskommission geleistet werden.

- Die klare Befehlskette wie während der Parlamentswahl im Dezember 2008 sollte beibehalten werden.
- Gewaltbereite Islamisten gefährden nicht nur die Minderheiten, sondern auch den gesellschaftlichen Fortschritt. Die politischen Führer des Landes müssen deshalb dieser Bedrohung nicht nur polizeilich, sondern auch mit politischen Mitteln entschieden entgegentreten. Dies ist eine langfristige politische Herausforderung – für das aktuelle Kabinett, aber auch noch für zukünftige Regierungen in Bangladesch.
- Die Etablierung bzw. Weiterentwicklung repräsentativer Organisationen, die sich für die Interessen von Minderheiten in der Entwicklungsarbeit und in der Bewusstseinsbildung für Bürgerrechte einsetzen.
- Politische Parteien von Minderheiten sollten von der Wahlkommission anerkannt werden. Hierfür ist eine Revision der Kriterien für die Parteienregistrierung zwingend notwendig.
- Insbesondere in Gebieten mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Minderheiten sollten die etablierten politischen Parteien Kandidaten nominieren, die Minderheiten angehören.

Meghna Guhathakurta ist Geschäftsführerin von *Research Initiatives, Bangladesh*. Mit NETZ arbeitet sie eng zu entwicklungspolitischen Themen zusammen.



# Endlich für die Menschen

Was die neue gewählte Regierung Bangladesch auf ihre politische Tagesordnung setzen sollte

VON DIRK SAAM

Foto: Niko Richter

Die Übergangsregierung hat sich in ihrer zweijährigen Amtszeit bemüht, demokratische Strukturen zu schaffen und die Menschenrechte zu achten. Maßnahmen wurden ergriffen, um Bangladesch von Korruption zu befreien und Reformen durchgeführt, um faire und freie Wahlen zu gewährleisten. Die Judikative wurde von der Exekutive getrennt. Die Übergangsregierung hat eine Nationale Menschenrechtskommission eingeführt und progressive Richtlinien zur Förderung von Frauen vorgelegt.

Doch wurden unter der Notstandsgesetzgebung auch Menschenrechte massiv verletzt, politische Aktivitäten waren weitestgehend verboten. Die Versammlungs- und die Pressefreiheit wurden stark eingeschränkt. Unter dem Deckmantel der Anti-Korruptions-Maßnahmen wurden Führungskräfte einheimischer Hilfsorganisationen, Angehörige indigener Minderheiten und Politiker vom Militär und den Sicherheitskräften verhaftet. Menschenrechtsorganisationen berichteten immer wieder von Folter und extralegalen Hinrichtungen.

Die bangladeschische Zivilgesellschaft ist sich einig: Es liegt nun an der neu gewählten Regierung, Menschenrechtsverletzungen, die vor und unter der Übergangsregierung begangen wurden, aufzuarbeiten und die Bemühungen der Übergangsregierung, neue demokratische Strukturen einzuführen, weiterzuführen. Auch muss Bangladesch seinen menschenrechtspolitischen Selbstverpflichtungen als Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und des UN-Menschenrechtsrats nachkommen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die neue Regierung das Vertrauen, welches ihr von den Wählern geschenkt wurde, nicht nach und nach verliert. Bangladesch steht nach der Wahl u.a. vor folgenden Herausforderungen:

### Frauenrechte

Im März 2008 stellte die Übergangsregierung die neuen „Nationalen Richtlinien zur Förderung von Frauen“ vor. Sie orientieren sich am UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen. Nach Protesten von islamistischen Gruppen wurde ein Ausschuss islamischer Gelehrter installiert, der

die neuen Richtlinien überprüfen sollte. Der Ausschuss fordert, die Grundsätze der Gleichstellung von Frauen und Männern in den Rechtsbereichen Erbschaft, Vermögen, Eigentum und Landbesitz zu streichen bzw. sie nur dann zuzulassen, wenn sie nicht den Werten des Korans und der Sunna widersprechen. Frauenrechtsgruppen in Bangladesch fordern die Absetzung des Ausschusses und eine strikte Trennung politischer und religiöser Aktivitäten.

Seit der Parlamentswahl vom 29. Dezember 2008 hat man nichts mehr von der Umsetzung der „Nationalen Richtlinien“ gehört. Frauenrechtsgruppen aus Bangladesch fordern, dass die neue Regierung sich in einer öffentlichen Stellungnahme umgehend zu den Richtlinien zur Förderung von Frauen bekennt und ihre Verfassungskonformität bestätigt. Um die Richtlinien – sollten sie bestätigt werden – nicht zu unterminieren, muss Bangladesch seine noch immer bestehenden Vorbehalte gegen bestimmte Artikel ratifizierter UN-Übereinkommen aufgeben. Vorbehalten existieren noch immer gegenüber Artikeln, die eine geschlechtergleiche Behandlung im Rahmen

des Erbschafts- und Familienrechts verlangen.

## Rechte indigener und religiöser Minderheiten

Der Übergangsregierung ist es gelungen, dass Angehörige indigener und religiöser Minderheiten ihr Wahlrecht weitestgehend wahrnehmen konnten. Die neu gewählte Regierung muss nun Maßnahmen ergreifen, um die Rechte der Minderheiten auch strukturell zu schützen. Dazu gehört die offizielle Anerkennung der Existenz indigener Völker in der Verfassung und die Ratifizierung internationaler Abkommen, die diese Anerkennung unterstreichen. Die Regierung muss sich verstärkt für die persönliche Sicherheit und den Schutz des Eigentums von Minderheiten einsetzen. Dazu bedarf es der Umsetzung existierender Gesetze, die die Enteignung von Land verhindern bzw. gewährleisten, dass enteignetes Land rückerstattet wird. Dazu gehört auch, den Friedensvertrag in den Chittagong Hill Tracts von 1997 umzusetzen.

## Menschenrechtskommission

Die Nationale Menschenrechtskommission hat im Dezember 2008 ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommission hat das Mandat, innerstaatliche Rechtsvorschriften auf deren Übereinstimmung mit völkerrechtlichen Bestimmungen zu überprüfen, bei Menschenrechtsverletzungen Informationen zu sammeln und Fälle von Rechtsverletzungen zu untersuchen sowie Aufklärungsprogramme für Menschenrechte zu entwickeln und durchzuführen. Doch hier sieht Bangladeschs Zivilgesellschaft gegenwärtig erhebliche Defizite. Scheinbar hat die Kommission zwar ein breites Mandat zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen bekommen, kann sie doch eigenständig und im Auftrag der Opfer Untersuchungen durchführen. Aber hiervon sind staatliche Organe, die Armee und die Geheimdienste aus-

genommen. Es wird befürchtet, dass die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, begangen durch die Sicherheitskräfte unter der zweijährigen Notstandsgesetzgebung, unter dem beschränkten Mandat der Kommission nicht angemessen möglich ist.

Die neue Kommission befreit die neue Regierung grundsätzlich nicht von der Pflicht, das Justizsystem insgesamt gerechter zu gestalten. Es darf keine Frage des Geldes, des Geschlechts oder der politischen Einstellung sein, ob jemand einen Tatbestand vor Gericht bringen bzw. sich ordnungsgemäß verteidigen kann. Der Kommission steht es frei, Vorschläge zur Verbesserung des Justizapparates zu machen. Über diese muss dann das Parlament entscheiden.

## Kriegsverbrecher

Eine der wichtigsten Menschenrechtskampagnen der Vergangenheit war der Ruf säkularer Kräfte und ehemaliger Freiheitskämpfer des Unabhängigkeitskrieges nach einer Verurteilung der Kriegsverbrecher von 1971. Die Nicht-Aufarbeitung führt zur einer Kultur der Straflosigkeit. Wer Kriegsverbrechen ungesühnt lässt, erleichtert neue Verbrechen. Die neue Regierung Bangladeschs hat angekündigt, Kriegsverbrecher mit Hilfe der Vereinten Nationen zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Prozess sollte umgehend eingeleitet werden: zum einen, um die Verantwortlichen zu verurteilen zu können, zum anderen, um im Sinne der Rechtsstaatlichkeit die Kultur der Straflosigkeit zu beenden.

## Armut

Bangladesch muss seine im Oktober 2008 konkretisierten Strategien zur Armutsbekämpfung angemessen umsetzen, um bis 2015 die extreme Armut im Land spürbar zu reduzieren. Eine Ausweitung der Programme zur sozialen Grundsicherung,

spricht die Versorgung von allein stehenden Müttern, schwer unterernährten Kindern, Alten und Behinderten sowie Angehörigen indigener und religiöser Minderheiten, ist ein wichtiger Schritt zur Reduzierung extremer Armut. Der Schulbesuch von Kindern, die in abgelegenen Gebieten leben, einer indigenen Minderheit angehören oder geistig oder körperlich beeinträchtigt sind, muss sichergestellt werden. Zudem müssen Strategien gefunden werden, um wirksam die Ernährungssicherung im Zuge des Klimawandels zu gewährleisten.

## Politische Kultur

Bangladesch hat die Möglichkeit, im Jahr 2009 wichtige Schritte zu unternehmen, um bürgerliche und politische Rechte zu gewährleisten und Armut zu reduzieren. Dazu bedarf es jedoch einer Kooperation der regierenden und oppositionellen Parteiblöcke. Die gegenseitige Bekämpfung hat das Land über Jahrzehnte gelähmt und den zweijährigen Ausnahmezustand erst ermöglicht. Der Erdrutschsieg der *Awami League* darf nicht dazu führen, dass die Mehrheit im Parlament dazu genutzt wird, oppositionelle Stimmen zu ignorieren. Das Parlament sollte der Ort der politischen Auseinandersetzung sein. Von gewalttätigen Streiks zur Durchsetzung politischer Ziele sollte die Opposition absehen. Gehören die politischen Grabenkämpfe zwischen den Parteien endlich der Vergangenheit an, dann kann eine Politik für die Menschen Bangladeschs gemacht werden. Endlich.

*Dirk Saam ist entwicklungspolitischer Referent bei NETZ. Er koordiniert die Arbeit des deutschen Netzwerkes Ban-*

*gladesch Forum. Die im Artikel genannten Forderungen wurden im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der bangladeschischen Zivilgesellschaft aufgestellt.*



## MELDUNGEN AUS BANGLADESCH

### Aufstand der Grenztruppen

Am Morgen des 25. Februar 2009 meuterten die Grenztruppen Bangladesh Rifles und besetzten ihr Hauptquartier in Dhaka. Hunderte Geiseln, darunter auch viele Zivilisten, wurden auf dem Kasernengelände in der Mitte der Hauptstadt festgehalten. Angehörige der Grenztruppen, eine zirka 65.000 Mann starke paramilitärische Einheit, gingen gezielt und brutal gegen ihre Vorgesetzten aus der regulären Armee vor. Dutzende Offiziere wurden ermordet, ihre Leichen in Massengräbern verschachert oder in Abwasserkanäle geworfen. Auf Anordnung von Premierministerin Sheikh Hasina umstellte die Armee das Hauptquartier der Grenztruppen und sperrte das Gebiet weiträumig ab. Nach knapp eineinhalb täglichen Verhandlungen gelang es den Vertretern der Regierung, die Aufständischen zur Aufgabe zu bewegen. Tausende Angehörige der Grenztruppen flohen aus der Kaserne aus Angst vor Verhaftungen und vor Vergeltungsmaßnahmen der Armee. Die meisten haben in der Zwischenzeit ihren Dienst wieder angetreten.

Die Bangladesh Rifles fordern seit langem eine höhere Besoldung und bessere Arbeitsbedingungen. Auch wurde immer wieder Kritik an der Kommandostruktur geäußert: höhere Posten werden ausschließlich mit Offizieren der regulären Armee besetzt. Die genauen Hintergründe, wie es zum blutigen Aufstand kommen konnte, sind bislang nicht bekannt. Die Meuterei der Grenztruppen ist die erste ernste Bewährungsprobe der



Foto: Niko Richter

*Mahnwache für die Opfer des Grenztruppen-Aufstandes vor dem Eingang ihres Hauptquartiers in Dhaka.*

neuen Regierung. Sheikh Hasina wurde von den bangladeschischen Medien einhellig für ihr Krisenmanagement gelobt. Neben einer von der Regierung eingesetzten Kommission hat auch eine Armee-Einheit die Untersuchung der Geschehnisse aufgenommen. Auf Einladung der Premierministerin durchleuchten auch Beamte des FBI und von Scotland Yard die Umstände, die zum Aufstand geführt haben und was während der 33-stündigen Meuterei geschehen ist. Die an dem blutigen Aufstand beteiligten Angehörigen der Grenztruppen werden sich vor einem Sondertribunal verantworten müssen. (nr)

### Zillur Rahman neuer Präsident

Zillur Rahman, langjähriger Politiker der *Awami League*, ist am

12. Februar als neuer Präsident Bangladeschs vereidigt worden. Er ist der fünfte Präsident des Landes, der seit der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie 1991 vom Parlament gewählt worden ist. Der 79-jährige war ein enger Vertrauter von Sheikh Mujibur Rahman, dem Staatsgründer Bangladeschs und Vater von Premierministerin Sheikh Hasina. Bereits 1952 engagierte er sich für die Sprachbewegung. Während des Unabhängigkeitskriegs 1971 arbeitete er u.a. für den Radiosender der Unabhängigkeitsbewegung. Im Jahr darauf war er an der Ausarbeitung der Verfassung des neuen Staates Bangladesch beteiligt. Zillur Rahman diente als Minister sowie als Vorsitzender der Partei. Rahmans Frau Ivy Rahman, ebenfalls eine langjährige Politikerin, wurde bei den Bombenanschlägen auf Sheikh Hasina während einer Parteiversammlung am 21. August 2004 getötet. (ph)

## Ranglai Mro frei

Anfang Januar entschied das Oberste Gericht Bangladeschs, dass der politische Gefangene Ranglai Mro, ein indigenen Anführer aus den Chittagong Hill Tracts, auf Kaution freigelassen wird. Seine tatsächliche Haftentlassung ließ dann mehr als zwei Wochen auf sich warten. Zeitungen berichteten, dass er auch im Krankenhaus, wo die Folgen seiner Folterungen behandelt wurden, mit Handschellen gefesselt war. Mro war im Februar 2007 verhaftet und gefoltert worden. In Folge dessen war Mro schwer erkrankt. Mro wird offiziell vorgeworfen, gegen Waffengesetze verstoßen zu haben. Im Juni 2007 war er zu 17 Jahren Haftstrafe verurteilt worden. Menschenrechtsorganisationen wie Ain o Salish Kendra haben sich seit seiner Verhaftung für ihn eingesetzt und seine Freilassung gefordert. Die Menschenrechtler betonten, Mro sei auf Grundlage falscher Vorwürfe inhaftiert worden und ein politischer Gefangener. Sie forderten auch aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes eine schnelle Freilassung. In Bangladesch werden politisch aktive Mitglieder indigener Gruppen immer wieder Opfer von willkürlicher Verhaftung und Folter. (ph)

## Kriegsverbrecher bestrafen

Im Januar kündigte die neue Regierung an, die Kriegsverbrecher des Unabhängigkeitskriegs von 1971 vor Gericht zu bringen. Ende des selben Monats verabschiedete das Parlament eine Resolution, welche die Regierung auffordert, den Kriegsverbrechern unverzüglich den Prozess zu machen. Die *Awami League* hatte im Vorfeld der Wahlen versprochen, sich im Falle eines Wahlsiegs für deren Verur-

teilung einzusetzen. Nun sollen Experten aus der ganzen Welt gebeten werden, die Verfolgung von Kriegsverbrechen zu unterstützen. Seit vielen Jahren fordern Menschenrechtsorganisationen die Verurteilung von Kriegsverbrechern, von denen heute noch viele unbehelligt in Bangladesch leben und einige sogar politisch aktiv sind. (ph)

## Verbesserte Kooperation

Die regionale Organisation „Initiative für multisektorale technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit am Golf von Bengalen“ hat im vergangenen November beschlossen, die Zusammenarbeit bei der Armuts- sowie der Terrorismusbekämpfung zu verstärken. Auch die Herausforderungen durch den Klimawandel, die Finanzkrise sowie die Nahrungsmittel- und Energiekrise sollen gemeinsam angegangen werden. Besonders die Ernährungssicherheit der ärmsten Bevölkerungsgruppen in der Region soll verbessert werden. Die Initiative wurde 1997 als regionale Organisation zur sozioökonomischen Kooperation zwischen den süd- und südostasiatischen Staaten rund um den Golf von Bengalen gegründet. Ihr gehören Indien, Bangladesch, Nepal, Bhutan, Sri Lanka, Birma und Thailand an. Bis 2017 soll für bestimmte Güter eine Freihandelszone eingerichtet werden.

Fakhruddin Ahmed, damaliger Chef der bangladeschischen Übergangsregierung, betonte, dass gerade die Ernährungssicherheit und die Folgen des Klimawandels vertiefter Kooperation bedürfen. Er hob hervor, dass der Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter 25 bis 30 Millionen Menschen in Bangladesch zu Klimaflüchtlingen machen wird. Dem Klimawandel müsse daher oberste

Priorität in der Arbeit der Organisation eingeräumt werden. Ahmed forderte die anderen Staats- und Regierungschefs auf, in der Region auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten beschlossen, gemeinsam Forschungsvorhaben voranzutreiben, die die Möglichkeiten der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft analysieren sollen. Der indische Premierminister Manmohan Singh erklärte, dass die Staaten eine gemeinsame Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus vorlegen werden. Die Organisation soll durch die Einrichtung eines festen Sekretariats weiter institutionalisiert werden. Fakhruddin Ahmed hat Dhaka als Sitz des Sekretariats ins Gespräch gebracht. (ph)

## Geberländer unterstützen neue Regierung

Reinhard Silberberg, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, sicherte der neuen Regierung von Bangladesch im Januar weiterhin die Unterstützung in der Entwicklungszusammenarbeit zu. Die Bundesregierung werde auch in Zeiten der Finanzkrise an der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele festhalten. Auch Schweden sagte Bangladesch für die kommenden fünf Jahre 1,1 Milliarden Kronen, rund 100 Millionen Euro, zu. Das Geld soll vor allem für die Armutsbekämpfung genutzt werden. Es fließt größtenteils in die Bereiche Gesundheit, Grundbildung, Frauenrechte, demokratische Regierungsführung und urbane Entwicklung. Japans Premierminister Taro Aso bot der neuen Regierung einen Kredit über 440 Millionen US-Dollar für den Ausbau des Energiesektors und den Bau von Brücken an. Deutschland hat Bangladesch seit der Unabhängigkeit des Landes

bisher 4,4 Milliarden Euro Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt. (ph)

---

## **Verseuchter Tanker abgewrackt**

Die Umweltorganisation Greenpeace führte den Tanker MT Enterprise auf einer schwarzen Liste: Das Schiff enthielt große Mengen Asbest und die Schwermetalle Blei, Quecksilber und Kadmium. Bevor der Tanker von einem Abwrackunternehmen aus Bangladesch aufgekauft wurde, wechselte er mit jeder neuen Registrierung den Namen: Ocean Enterprise, Atlantia, Taiko. Diese gängige Praxis macht eine Nachverfolgung schwierig. Die Nichtregierungsorganisation Bangladesh Environmental Lawyers' Association hatte bereits im September letzten Jahres versucht, die Abwrackung in Bangladesch per Gericht zu verbieten. Der Käufer konnte die Gerichte aber vom Gegenteil überzeugen, so dass der verseuchte Tanker am Strand von Sitakunda von Siko Steel (Madina Enterprise) abgewrackt werden konnte. Umweltschützer kritisieren den Werftbesitzer, er habe die Erlaubnis des zuständigen Ministeriums für den Import des Schiffes nur unter Vortäuschung falscher Tatsachen erhalten.

An den Stränden nördlich der Hafenstadt Chittagong arbeiten zahlreiche Werften, in denen alte Tanker und Frachter aus der ganzen Welt verschrottet werden. Vertreter von Menschenrechts- und Umweltorganisationen kritisieren sowohl die extrem gefährlichen Arbeitsbedingungen der „Eisenfresser“, wie die Arbeiter genannt werden, als auch die massive Umweltverschmutzung der Küste durch Öle, Schlacken, Schwermetalle und andere Chemikalien. Die

Schiffe werden von den Männern ohne Schutzbekleidung direkt am Strand zerlegt. Ende 2008 kündigte die Europäische Union an, zukünftig die Umstände der Abwrackung besser regeln zu wollen. (ph)

---

## **Ernährungssicherheit gefährdet**

Auf der Klimakonferenz im polnischen Posen im Dezember 2008 erklärte der Klimarat der Vereinten Nationen, die Landwirtschaft in Südasien könne in Folge des Klimawandels rund 30 Prozent ihrer Erträge einbüßen. Der Bericht hob besonders hervor, dass der Klimawandel die Ernährungssicherheit in weiten Teilen der Welt beeinträchtigt. Ausgelöst durch die Nahrungsmittelkrise und den starken Preisanstieg geben die Armen in den am wenigsten entwickelten Ländern bereits jetzt 50 bis 80 Prozent ihres gesamten Einkommens für Nahrungsmittel aus. Die Unbeständigkeit der Preise werde sich durch den Klimawandel noch verstärken, so der Bericht. Der Klimarat fordert deshalb dringend einen internationalen Plan für die Anpassung an den Klimawandel. Zur Lage in Bangladesch besagt die Studie, die Landwirtschaft müsse sich auf verheerende Auswirkungen einstellen. Schlüssel für die Umstellung der Landwirtschaft seien widerstandsfähige Sorten von Nutzpflanzen. Nur wenn die Landwirtschaft an die veränderten Bedingungen angepasst werde, könne die Ernährungssicherheit garantiert werden.

Während des Treffens in Polen betonte die Delegation aus Bangladesch, dass die derzeitigen Finanzierungsmechanismen, welche den Entwicklungsländern Anpassungsmaßnahmen ermöglichen

sollen, den Bedürfnissen in keiner Weise entsprechen. Ein Vertreter des Umweltministeriums unterstrich, dass Bangladesch eines der am schlimmsten betroffenen Länder weltweit ist und dass nur geeignete Anpassungsstrategien das Überleben Bangladeschs sichern können. Die Delegation setzte sich in Posen auch dafür ein, ein geplantes Zentrum für die Anpassung an den Klimawandel in Bangladesch anzusiedeln. (ph)

---

## **Neue Brücke über den Ganges**

Der Verkehrsminister Bangladeschs, Syed Abul Hossain, kündigte im Januar an, dass der Bau einer geplanten Brücke über den Ganges 2011 begonnen und schon drei Jahre später abgeschlossen werden soll. Bis 2010 wird eine neuseeländische Firma einen Entwurf vorlegen. Die Brücke wird den Südwesten Bangladeschs mit dem Rest des Landes verbinden. Bisher ist diese Region von Dhaka aus nur per Fähre oder zu Land über einen großen Umweg erreichbar. Der Minister verspricht sich vom Bau der Brücke einen wirtschaftlichen Aufschwung für das gesamte Land. Ein Vorteil des Brückenbaus ist die bessere Straßenanbindung Monglas, dem zweitwichtigsten Seehafen Bangladeschs, sowie der Grenzstadt Benapole zu Indien. Neben einer Fahrbahn für Kraftfahrzeuge soll die Brücke auch Teil einer transasiatischen Zugverbindung werden. Die längste Brücke Bangladeschs mit einer Länge von 5,6 km werde ca. 1,8 Milliarden US-Dollar kosten. Finanziert werden soll der Bau durch Kredite der Weltbank sowie der asiatischen und der islamischen Entwicklungsbank. (ph)

30 JAHRE ZEITSCHRIFT – 20 JAHRE NETZ E.V.

## NETZ im Schnee

Im Jubiläumsjahr erzählen Mitglieder und Unterstützer ihre persönliche NETZ-Geschichte.

1996, Bangladesch-Tagung. Die NETZ-Aktiven treffen sich. Die alljährliche Frage: wo? Natürlich möglichst zentral! Damit ja niemand zu weit fahren muss. Kurz und fröhlich-leichtfertig wird beschlossen: bei uns am Feldberg im Schwarzwald – im südwestlichsten Winkel von Deutschland. Damals war man noch mutig! Der Termin? 22. bis 24. November. Da ist es hier noch ruhig. Fuchs und Hase sagen sich Gute Nacht. Für ein paar NETZ-Aktive ist da auch noch Platz. Den gab es im Opelhaus, einem kleinen Vereinshaus am Waldrand, wo man schön beisammen sitzen kann und sich selbst versorgen muss.

Es kamen 27 Leute. Sie fanden uns wohl erst nach intensivem Landkarten- oder Fahrplanstudium, denn einen Navi gab es noch nicht. Es kam aber auch der Schnee. 50 Zentimeter Pulverschnee! Aber alle sind durchgekommen und dann wurde es gemütlich in der Herberge. Lange Gespräche und Diskussionen, kurze Nächte. Das

ist eigentlich immer so, wenn sich NETZ trifft. Pausenbeschäftigung: Schneemann bauen. Das gab es bisher wohl nur einmal. Die Verpflegung war eine Spende vom örtlichen Bäcker, der NETZ auch heute noch treu ist.

Am Sonntag haben wir dann alle zum Zug oder Bus gebracht. Bis auf den Vorstand, der noch bis Montag tagte und nächtigte. Nach getaner Arbeit wurde unter Führung von Manfred Krüger in tiefer Winternacht noch nach einer offenen Wirtschaft für durstige Vorstandskehlen gesucht. Was ihn nicht davon abhielt, am Montag noch einen brillanten Vortrag beim hiesigen Rotary-Club zu halten und damit eine wichtige Verbindung festigte.

von Maria und Walter Ott,  
Feldberg

Erzählen auch Sie Ihr NETZ-Erlebnis. Schicken Sie Ihren Text bitte an:  
[zeitschrift@bangladesch.org](mailto:zeitschrift@bangladesch.org)



Foto: Tanja Hormanns

Die Sternsinger der Gemeinden St. Andreas, Maria Himmelfahrt und St. Margareta.

#### AKTIONEN

## Sternsinger: So viele wie noch nie!

**So viele Sternsinger-Aktionen für Bangladesch gab es noch nie! Fast 30 Sternsingergruppen gaben ihren Segen an Tausenden Türen in ganz Deutschland und unterstützen mit ihren Sammlungen Gleichaltrige in Bangladesch, die nun eine Schule besuchen können. Herzlichen Dank für Eure und Ihre Unterstützung!**

Für alle Sternsingergruppen, die von Haus zu Haus gezogen sind, um für Kinder in Bangladesch eine bessere Zukunft zu schaffen, hier repräsentativ die Vorstellung von zwei Aktionen.

In Krefeld-Linn waren die Sternsinger ganz nah am Leben der Kinder in Bangladesch dran: Auftakt zu ihrer Aktion waren Bangladesch-Nachmittage, an denen die Kinder spielerisch erfahren haben, wie ihre Altersgenossen in Bangladesch leben, welche Spiele sie spielen, wie Unterricht in Bangladesch abläuft und warum Schulbildung so wichtig ist. Mit diesem Wissen und viel Motiva-

tion zogen sie voller Tatendrang mit ihren Betreuern zwei Tage durch ihre Gemeinde, sangen Lieder und segneten jedes Haus. Das tolle Ergebnis ihres unermüdlichen Engagements sahen die Sternsinger, als sie voller Stolz den Inhalt ihrer Sammeldosen in einen großen Glasbehälter füllten. Dank ihrem Einsatz können 222 Kinder in Bangladesch nun zur Schule gehen!

Ein großer Erfolg – zum wiederholten Mal: die Sternsinger-Aktion der Katholischen Kirchengemeinde Heilig Kreuz Neuenbürg, Birkenfeld, Straubenhardt und Engelsbrand. Die Sternsinger segneten die Häuser, sangen ihre Lieder und dachten an Gleichaltrige in Bangladesch. Dank ihres Mitgefühls, ihres großen Engagements und ihrer Tatkraft können 458 Mädchen und Jungen, die aufgrund ihrer Armut und ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit von Schulbildung ausgeschlossen waren, jetzt ein Jahr lang zur Schule gehen.

## Ankündigungen

Vom 2.-5. April findet auf dem Gelände der Neuen Messe Stuttgart die internationale Messe für global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln „**Fair Handeln**“ statt. Mit einem Stand vertreten ist auch das Jute-Team der Katholischen Kirchengemeinde St. Johann aus Ludwigsburg. Das Jute-Team engagiert sich für Frauenförderung in Bangladesch durch den fairen Handel mit Handarbeiten.

Die diesjährige **Bangladesch-Tagung und Mitgliederversammlung von NETZ** findet vom 15. bis 17. Mai auf Burg Hohensolms bei Wetzlar statt. Die Themen der Tagung sind Bildung, Politik und Klimawandel. An der Veranstaltung nimmt auch F. M. Sarwar Hossain, NETZ-Mitarbeiter in Bangladesch, teil.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Anja Scholz  
scholz@bangladesch.org  
06441 – 26585.

## Großes Engagement für Bangladesch

Die Tübinger Sanitärfirma DINKEL GmbH & Co. KG feierte im November 2008 das 125-jährige Firmenbestehen mit einem Fest und sammelte gleichzeitig für einen guten Zweck. Auf der Veranstaltung informierte Anja Scholz, Bildungsreferentin von NETZ, die geladenen Gäste über die schlechte Gesundheitssituation im Südosten Bangladeschs. DINKEL engagiert sich bereits seit Jahren für die Menschen in dem südasiatischen Land.

Im Jubiläumsjahr wurde nun eine besondere Spendenaktion veranstaltet: Für jede neue Solaranlage spendete DINKEL gemeinsam mit ihrem Geschäftspartner, der Firma Buderus, eine neue Toilette in Bangladesch. Auf der Jubiläumsveranstaltung übergab Geschäftsführer Georg Thalmüller einen Scheck über 3.000 Euro an NETZ. Damit können insgesamt 80 neue Toiletten in Bangladesch installiert werden. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Durchfallerkrankungen.

## Ein anderes Geschenk

Die Horst Kleinriders Immobilien GmbH & Co. KG hat ein anderes Geschenk an Geschäftspartner zum Jahresende gewählt: Sie erhielten eine Weihnachtskarte – und 50 Kinder in Bangladesch eine Zukunftsperspektive, indem die Firma ihren Schulbesuch in einer von NETZ unterstützten Grundschule finanziert.

Frau und Herr Kleinriders schreiben in ihrem Gruß an ihre Mandanten: „Die Finanzkrise und Illiquidität des weltweiten Bankensektors hat seit Beginn der Krise vor einem Jahr zu einem dramatischen Rückgang der Entwicklungshilfe geführt. Während korrupte Banken am Tropf der Staaten hängen (und sich trotz desaströser Ergebnisse Boni zahlen) und Milliarden an Unterstützung bekommen, sind in allen Teilen der Dritten Welt die Armut und der weltweite Hunger alleine 2008 um 20% angestiegen!“

In ihrem Ostergruß wird das Unternehmen an die Mandanten berichten, wie das Schulprojekt weiterläuft. So entsteht eine lebendige Partnerschaft – für die betroffenen Kinder ein Geschenk fürs Leben und für die Geschäftspartner eine besondere Wertschätzung.

## ARTE zeigt „Eisenfresser“

Mit bloßen Händen zerlegen die „Eisenfresser“ Frachtschiffe, Luxusdampfer und Öltanker: in der Abwrack-Zone von Chittagong. In unglaublichen Bildern erzählt der Regisseur Shaheen Dill-Riaz von den Männern, die tagtäglich ihr Leben einsetzen, um die Schrott-Giganten der Zivilisation auseinander zu nehmen.

ARTE zeigt den Dokumentarfilm am 5. Mai 2009 um 21 Uhr.

Die DVD Eisenfresser ist für 12,- Euro zzgl. Porto bei NETZ erhältlich: [netz@bangladesch.org](mailto:netz@bangladesch.org)

# SÜDASIEN

## Zeitschrift des Südasiensbüro e.V. in Bonn

Aktuelle Berichte und  
Themenschwerpunkte aus

**Südasiens:**  
Afghanistan  
Bangladesch  
Bhutan  
Indien  
Nepal  
Pakistan  
Sri Lanka

SÜDASIEN berichtet viermal jährlich über politische und wirtschaftliche Ereignisse, über Militarisierung und regionale Konflikte, Ökologie und Industrialisierung, Frauen, Landwirtschaft, Menschenrechte und Medien.

**Die Zeitschrift kann  
bestellt werden bei:**

**SÜDASIEN**  
Postfach 140 110  
53056 Bonn  
Tel. 0176 – 26100979  
E-Mail: [suedasiensbuero@suedasien.de](mailto:suedasiensbuero@suedasien.de)

Bezugsbedingungen der  
Zeitschrift:  
Einzelheft: 6,50 Euro  
Doppelheft: 13 Euro

Jahresabonnement:  
Inland: 26 Euro  
Ausland: 32 Euro

## In Tönisvorst wird Schule gemacht!

Ungebrochen engagiert, unglaublich kreativ: Ob beim Thema Bangladesch im Unterricht, in Schaukästen, in Aktionen wie dem jährlichen Sponsorenlauf oder der St. Martins- und Weihnachtsaktion des Michael-Ende-Gymnasiums in Tönisvorst. Die Schüler und das Lehrerkollegium engagieren sich vielseitig für Selbsthilfeprojekte gegen Armut und Hunger, für Bildung und Menschenrechte in Bangladesch. Der Höhepunkt im Jahr 2008 war der Besuch von fünf ehrenamtlichen Jugendlichen und drei Mitarbeitern zweier NETZ- Partnerorganisationen. Ein gemeinsamer Theaterworkshop mit einer begeisternden Vorstellung an der Schule zeigte: In Tönisvorst ist Bangladesch ganz nah! Und im Herbst 2009 werden einige Schüler und Lehrer des Michael-Ende-Gymnasiums noch näher dran sein: Dann werden sie in Bangladesch die von ihnen unterstützen Projekte selbst besuchen.



Foto: Anja Scholz

*Kilometergeld für Selbsthilfeprojekte in Bangladesch: Sponsorenlauf in Tönisvorst.*



Foto: Anja Scholz

*Uta Ludwig und Peter Döttling vor dem „Spendenbarometer“ der St. Ägidius Kirche.*

## AKTIONSGRUPPE

## „Tag der Hoffnung“ in Tübingen-Hirschau

Das Engagement für arme Menschen in Bangladesch ist eine Sache der Gerechtigkeit, des Herzens und der Nächstenliebe. Seit Jahren organisieren die Fairhandels-Gruppe in Tübingen-Hirschau, die Kirchengemeinde sowie der Weltladen in Tübingen unermüdlich Solidaritäts- und Spendenaktionen. Der „Tag der Hoffnung“ ist ein fester Termin der Fairhandels-Gruppe. Der 1. Advent steht ganz im Zeichen der Hoffnung für Menschen in Bangladesch, die tagtäglich gegen den Hunger kämpfen. Der Tag beginnt mit einem Gottesdienst in der St. Ägidius Kirche. Bereits hier wird das Selbsthilfeprojekt „Ein Leben lang genug Reis“ thematisiert. Danach lockt es die Teilnehmenden ins Gemeindehaus: hier stehen bengalisches Essen, Kaffee und Kuchen, aber auch Waren aus dem Fairen Handel bereit. Der Erlös des Nachmittages ist für die Ärmsten in Ban-



Foto: Anja Scholz

*Begeistert vom Henna-Malen am „Tag der Hoffnung“.*

gladesch bestimmt. Und viele Gäste spenden noch Monate nach dem 1. Advent. Jedes Jahr aufs Neue!



Foto: Sven Pletschmann, © ZDF

*Zu Gast in der Maybrit Illner Talkshow: Shahida Sarker, Suma Sarker und Dr. Gisela Burckhardt.*

#### AKTION

## Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie

Vom 15. November bis 5. Dezember 2008 sind Shahida Sarker, Vorsitzende der Gewerkschaft National Garment Workers Federation und die Näherin Suma Sarker aus Bangladesch auf Einladung von NETZ durch Städte in Deutschland, Österreich und Belgien gereist. Hier berichteten sie über die unsozialen Arbeitsbedingungen in Bekleidungsfabriken in ihrem Land, in denen deutsche Discounter wie KiK und Lidl produzieren lassen. Ab dem 24.11. wurden sie von der renommierten Wissenschaftlerin Dr. Pratima Paul-Ma-

junder vom Bangladesh Institute for Development Studies begleitet. Die Bangladesch-Zeitschrift NETZ berichtete ausführlich zum Thema in seiner letzten Ausgabe. Das Medienecho war immens. In überregionalen Zeitungen wurde ausführlich über die Reise und deren Hintergründe berichtet. Fernseh- und Radiosender veröffentlichten Interviews mit den Reiseteilnehmerinnen. Gemeinsam mit Dr. Gisela Burckhardt, die NETZ in der Kampagne für „Saubere“ Kleidung vertritt, waren sie auch zu Gast in der ZDF-Talk-

show Maybrit Illner. Um verstärkt international agierende Unternehmen in die Pflicht zu nehmen sowie verbindliche Regeln zur Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Produktionsstätten in Niedriglohnländern einzufordern, wurden u.a. auch Gespräche mit Bundestagsabgeordneten aus dem Menschenrechtsausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geführt.

## „Land unter? Kopf in den Sand?“

So heißt das Bildungskonzept zu den Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels mit dem NETZ Menschen aus Bangladesch zu Wort kommen lässt. Ihre Geschichten, die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Weltklimarates und die NETZ-Erfahrung in der Projektarbeit in Bangladesch sind die Basis für das Konzept.

Jeder kann etwas tun! Sie wollen Ihren Schülern oder Ihrem Verein, Ihrer Gemeinde anschaulich erklären, wie Menschen in ärmeren Ländern leben? Menschen in Bangladesch. Warum sie der Klimawandel besonders trifft und was jeder für die Betroffenen und für ein „gutes Klima“ tun kann? Dann laden Sie Referentinnen und Referenten von NETZ ein. Mit lebendigen Vorträgen, interaktiven Methoden und viel Hintergrundwissen. Gemeinsam können wir es schaffen, Armut zu bekämpfen und die Betroffenen in Bangladesch im Kampf gegen lebensbedrohliche Folgen des Klimawandels zu unterstützen.

Interesse? Dann wenden Sie sich bitte an Anja Scholz  
scholz@bangladesch.org  
06441 – 26585

## Theater machen, Bewusstsein schaffen



Aktiv in der Bildungsarbeit von NETZ: Urs Krüger.



Fühlen und feiern wie Mädchen in Bangladesch: Schülerinnen der August-Bebel-Gesamtschule.

„Die haben tolle Sachen, die wir nicht haben. Wie die Musikinstrumente.“ Eine Stimme von 130 Schulkindern der 5. Klassen der August-Bebel-Gesamtschule in Wetzlar. Im Rahmen der Projektwoche „Kinder der Welt“ vermittelten ihnen fünf haupt- und ehrenamtliche NETZ-Mitarbeiterinnen einen lebendigen Einblick in das Leben der Kinder in Bangladesch. Die Kinder waren begeistert: Es wurde bengalisch gekocht, getanzt und traditionelle Kleidung anprobiert. Eine Zeitung wurde erstellt, ein Fantasiedorf mit Reisfeldern gebastelt und Spiele des Landes nachgeahmt. Spielerisch haben sie zu den Themen Armut, Hunger und Kinderarbeit gearbeitet. Sie wissen jetzt, wie wichtig der Besuch einer Schule ist, um sich aus dem Kreislauf der Armut zu kämpfen.

Am „Tag der offenen Tür“ begeisterte die Theatergruppe mit ihrem selbst entwickelten Stück zum Vergleich der Lebenswelt der Kinder in Deutschland und Bangladesch. Die Gäste spendeten für das NETZ-Bildungsprojekt. Mit dem Theatereintritt und dem Verkaufserlös von Kuchen, der Projekt-Zeitung, gebastelten Karten sowie Lampen mit Henna-Motiven kamen hunderte Euro zusammen! Das heißt: 17 Kinder in Bangladesch können endlich zur Schule gehen.

Fotos: Anja Scholz

## Bangladesch-Kreis

Das Engagement des Bangladesch-Kreises der Katholischen Kirchengemeinde Heilig Kreuz Neuenbürg, Birkenfeld, Straubenhardt und Engelsbrand ist nicht zu übersehen und beachtlich wirksam. Im Jahr 2008 hat sich die Gemeinde dem dringenden Apell von NETZ angeschlossen und Kindern der ärmsten Familien den Schulbesuch ermöglicht. Der Bangladesch-Kreis mit seinem neuen Sprecher Johannes-Ulrich Böhm nutzte hierzu jede Möglichkeit, sich zu informieren – auf der Bangladesch-Tagung von NETZ in Würzburg und beim Südtreffen im Oktober in Freiburg. Gern kamen haupt- und ehrenamtliche NETZ-Referentinnen Einladungen entgegen, um über Bangladesch und die unterstützten Projekte zu berichten. Der Dokumentarfilm Eisenfresser wurde in das lokale Kino gebracht. Wunschzettel wurden an Politiker zum G8-Gipfel und Protestkarten gegen die Praktiken der Discounter KiK, Lidl und Aldi geschrieben. Zu feierlichen Anlässen, wie dem Erntedank- und Weihnachtsfest, wurden in der Gemeinde auf Initiative des Bangladesch-Kreises einzigartige Veranstaltungen und Aktionen organisiert.



Foto: Anja Scholz

*Erntedankfest: Bangladesch-Kreis mit Unterstützung des Eine-Welt-Ausschusses der Katholischen Kirchengemeinde Heilig Kreuz.*

## AKTIONSGRUPPE

## Anlässe zum Anlass nehmen

Der Verein FairZülpich ist der Knotenpunkt sozialen und entwicklungspolitischen Engagements in Zülpich – und das schon seit fünf Jahren. Im Eine-Welt-Laden FairCafé informiert eine kunstvoll gestaltete Mappe über die ambitionierten Projekte des Vereins. Im Jahr 2008 kam das NETZ-Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ hinzu. Die Rhein-

länder nutzen immer wieder lokale und persönliche Anlässe, um auf die Lebenswirklichkeit der Ärmsten in Bangladesch aufmerksam zu machen und um zum Handeln zu motivieren.

Beim Euregio-Festival im August wurde ein informativer Bangladesch-Stand vor dem Café aufgebaut. Kurz darauf läutete das FairZülpich-Team mit einem bunten Benefizkonzert den Auftakt der „Fairen Woche“ ein, mit dem gleichzeitig auch das 20. Jubiläum der Arztpraxis des Vereinsmitgliedes Joachim Berg gefeiert wurde. „Unterstützen Sie die Hilfe zur Selbsthilfe für Familien in Bangladesch.“ Dieser Appell der Gastgeber fand großen Anklang im Publikum: Der Erlös des Abends bedeutet für 15 Familien in Bangladesch den Schritt aus der Armut.



Foto: FairZülpich

*NETZ-Stand beim Euregio-Festival in Zülpich.*

## Buchbesprechung

# Leben mit der Überschwemmung

VON ROLAND FETT

**B**angladesch gehört zu den ärmsten Ländern der Welt und zu denen mit dem höchsten Katastrophenrisiko. Immer wieder wird das Land von regelmäßig auftretenden Wirbelstürmen und Überschwemmungen heimgesucht. Nun hat der Geograph und Agrarwissenschaftler Heinrich-Josef Wilms eine aufschlussreiche Studie über das „Leben mit der Überschwemmung“ veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen die Wahrnehmungen, Verhaltensweisen und Maßnahmen der Menschen, die in einer ständigen Risikosituation leben. Der Autor beleuchtet die Faktoren, die ihre Verletzlichkeit gegenüber Katastrophen verursachen. Wilms will mit seiner Studie zur Verbreitung von Entwicklungsansätzen, die Katastrophen vorbeugen, beitragen. Hierfür stellt er Handlungsempfehlungen zur Diskussion.

Das Herzstück der Arbeit ist die empirische Studie, die der Autor über den Zeitraum von zehn Jahren in zwei Dörfern in einer besonders regenreichen Region durchgeführt hat. Sie zeigen, „dass die Bevölkerung ein umfangreiches Bündel an Handlungs- und Anpassungsstrategien hat, um mit den Überschwemmungen zu leben.“ Diese reichen von Vorratshaltung an gesicherten Orten über angepasste Bauweise von Häusern und Ställen auf erhöhten Plätzen bis hin zu traditionellen Frühwarnsystemen. Faszinierend ist die Bandbreite an lokalem Wissen und an traditionellen Kenntnis-

sen über die Landwirtschaft und das Wetter, die sich in Mythen, Märchen, Liedern und Volksweisheiten ausdrücken. Es ist ein Verdienst des Autors, diese vielfältige „Katastrophen-Kultur“ dokumentiert zu haben. Eine Überschwemmung schlägt nur dann in eine Katastrophe um, wenn die üblichen Strategien zur Vorsorge und Bewältigung nicht mehr ausreichen.

Er stellt fest, dass die Verletzlichkeit („Vulnerabilität“) gegenüber Naturkatastrophen mit zunehmender Armut wächst. So benötigen die Menschen bei Nahrungsmittelknappheit mehr Bargeld aufgrund steigender Preise, sie nehmen Kredite auf und müssen dann oft Vieh oder sogar Land verkaufen, um diese zurückzuzahlen. Dieser „Teufelskreis steigender Vulnerabilität“ kann laut Wilms durch gezielte Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge und zur Bewältigung durchbrochen werden. Dies zeige die Arbeit lokaler Nichtregierungsorganisationen im Untersuchungsgebiet. Entscheidend für die Nachhaltigkeit von Vorsorge- und Entwicklungsmaßnahmen ist, dass die Menschen mit ihren Erfahrungen und ihren Wahrnehmungen in den Mittelpunkt gestellt werden. Dazu gehört als wichtiges Element die Durchführung von Bewertungen von Verletzlichkeit verbunden mit einem partizipativen Ansatz.

Die Studie ist nicht nur Bangladesch-Interessierten zu empfehlen, sondern allen, die sich mit Fragen

von Katastrophenvorsorge und Überschwemmungsproblematik befassen. Wer sich von der zuweilen etwas wissenschaftlich-trockenen Sprache im theoretischen Teil nicht abschrecken lässt, findet in Wilms' Studie auch eine komprimierte Übersicht der geographischen Gefährdungsforschung und der Katastrophensoziologie. Die Auswirkungen des Klimawandels werden allerdings nur am Rande thematisiert. Auch die Verknüpfung von Mikroebene und Kontextbedingungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit von Entwicklungsmaßnahmen ist ein wichtiger Aspekt, der vom Autor eher gestreift wird. Dennoch hat Wilms mit „Leben mit der Überschwemmung“ eine überaus lesenswerte Studie veröffentlicht. Sie vermittelt ein authentisches Bild vom Leben der Menschen im von Katastrophen heimgesuchten Bangladesch.

Heinrich-Josef Wilms

**Leben mit der Überschwemmung im ländlichen Bangladesch. Die Vulnerabilität der betroffenen Menschen und Perspektiven für eine angepasste Entwicklung.**

Bonner Studien zur Wirtschaftssoziologie, Bd. 28. Shaker Verlag, Aachen 2007, 256 S., 30,80 €

*Roland Fett ist Fachberater beim Evangelischen Entwicklungsdienst in Bonn.*

# Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

## TARANGO

fördert Frauen in ländlichen Regionen im Nordwesten des Landes durch fairen Handel mit kunsthandwerklichen Produkten. Schwerpunkt sind u.a. die Jute-Produktion und -Verarbeitung durch die Teilnehmerinnen.

## Gana Unnayan Kendra (GUK)

fördert die ärmsten Familien im Gebiet der Flüsse Brahmaputra und Teesta. Projekte: 2.500 Familien erhalten Schulungen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erzielen; Aufbau von Schulen für 3.883 Kinder im Grundschulalter.

## Udayan Swabolombee Sangstha (USS)

fördert die ärmsten Familien im Nordwesten des Landes. Projekte: 150 extrem arme Frauen, die mit ihren Familien auf Schwemmlandinseln leben, erhalten Schulungen und Startkapital; Aufbau von Schulen für 1.200 Kinder im Grundschulalter.

## Sabalamby Unnayan Samity (SUS)

fördert benachteiligte Frauen im Norden des Landes. Projekte: 2.000 extrem arme Frauen erhalten Schulungen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erzielen; Aufbau von Schulen für 600 Kinder im Grundschulalter.

## Jagorani Chakra Foundation (JCF)

unterstützt den Aufbau von Selbsthilfe-Organisationen der Bevölkerung. Projekte: Schulungen von 6.850 extrem armen Frauen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erwirtschaften; Aufbau von Schulen für 2.400 Kinder im Grundschulalter.

## Ashrai

arbeitet mit indigenen Minderheiten im Westen des Landes. Projekte: 1.600 extrem arme Frauen erhalten Schulungen und Grundausstattung, um ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften; Aufbau von Grundschulen für 1.500 Kinder im Grundschulalter.

## Acid Survivors Foundation (ASF)

setzt sich für die Überlebenden von Säureattentaten ein: u.a. durch medizinische Versorgung, psychologische Betreuung und Rechtshilfe. NETZ unterstützt das Engagement für rechtliche Verbesserungen zur Überwindung von Säureangriffen.

## Ain o Shalish Kendra (ASK)

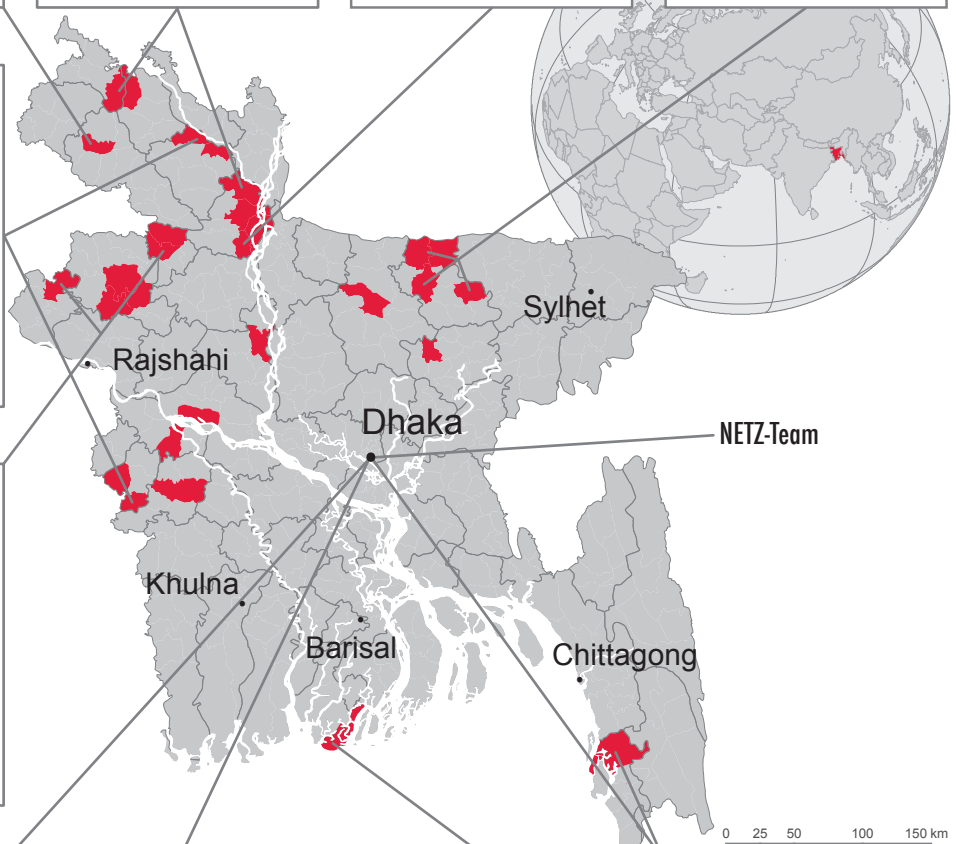
ist eine angesehene Menschenrechtsorganisation. Projekt: Schulungen von 7.730 Ehrenamtlichen in landesweit zehn Distrikten, die sich u.a. bei Dorfgerichten und mit Theateraufführungen für Menschenrechte einsetzen.

## Community Development Centre (CODEC)

arbeitet mit den ärmsten Familien im Küstengebiet des Landes. Projekt: 300 Familien, die durch den Wirbelsturm Sidr im November 2007 alles verloren haben, erhalten Startkapital für den Neubeginn.

## BASTOB

unterstützt den Aufbau von Selbsthilfestrukturen. Projekte: Gesundheitsprogramm im Südosten Bangladeschs an dem 1.710 Familien beteiligt sind; eine Schule für 240 Kinder, die mit ihren Familien in einem Slum in Dhaka leben.



**NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit**

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Postvertriebsstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

## Mehr Gerechtigkeit! Für die Ärmsten in den Dörfern.



Foto: Niko Richter

Weil Menschenrechte auch für Arme gelten. Recht haben und Recht erfahren ist zweierlei. Vor allem für die, die keinen Besitz und keine Macht haben. Wir machen sie stark. Weil Menschenrechte für alle gelten.

### Was können Sie tun?

1. NETZ setzt sich für mehr Gerechtigkeit in Bangladesch ein: mit Projekten in Bangladesch und gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der bangladeschischen Zivilgesellschaft in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern auf deutscher und europäischer Ebene. Bitte unterstützen Sie diese Arbeit durch eine Spende. Für mehr Gerechtigkeit in Bangladesch!
2. Sie möchten mehr darüber erfahren, wie sich NETZ für die Menschenrechte und insbesondere für die Rechte von Frauen und Minderheiten in Bangladesch einsetzt und welche Möglichkeiten Sie selbst haben, sich für die Achtung und Durchsetzung von Menschenrechten zu engagieren? Dann laden Sie Referentinnen und Referenten von NETZ ein: mit lebendigen Vorträgen, interaktiven Methoden und viel Hintergrundwissen.

Deutsches  
Zentralinstitut  
für soziale  
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:  
Geprüft+Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamen Umgang mit den uns anvertrauten Spenden.

**Spendenkonto Nr. 10 77 88 0**

**Volksbank Wetzlar-Weilburg, Blz. 515 602 31**

**IBAN: DE95 5156 0231 0001 0778 80**

**BIC: GENODE51WZ1**

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

**NETZ**  
**বাংলাদেশ**

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Tel: 06441 - 26585 / Fax: 06441 - 26257

e-mail: [netz@bangladesch.org](mailto:netz@bangladesch.org) / [www.bangladesch.org](http://www.bangladesch.org)